

Die Bergbau-Industrie

Organ des Verbandes der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands

Bezugspreis durch Boten vierteljährlich 3 M., durch die Post 3,60 M. Einzelnummern 50 Pf. ♦ Anzeigenannahme: Inseraten-Union, GmbH., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3. ♦ Preis für die 25 mm breite Millimeterzeile 40 Pf. Platzvorstellungen ausgeschlossen. ♦ Postfach-Konto Hannover Nr. 578 13. ♦ Giro-Konto: Bank der Arbeiter, Angestellten u. Beamten, Filiale Bochum, Bittoriastr. 46. ♦ Tel.-Nr. 608 21. ♦ Telegr.-Adr.: Arbeiterverband Bochum.

Zum Jahreswechsel!

P. Z. In stetem Gleichmaße folgen sich Tag und Nacht, Frühling, Sommer, Herbst und Winter. Tatsächlich offenbart sich in diesem ewig gleichen Wechsel nur die seit Urzeiten bestehende Gesetzmäßigkeit im Laufe der Gestirne und der Himmelskörper. Und diese Gesetzmäßigkeit dient den Menschen als große Weltenuhr, an der sie die besonderen Epochen ihrer Lebensgeschichte allgemein und der Geschichte des Lebens der einzelnen im besonderen ablesen und in ihrer Erinnerung festhalten. Daß jetzt das Jahr 1930 bald vollendet sein wird, bedeutet auf der vorgenannten großen Weltenuhr nichts anderes, als daß seit Beginn unserer Zeitrechnung (Christi Geburt) die Erde zum neunzehnhundertunddreißigsten Male ihren Lauf um die Sonne beendet.

Wir pflegen allemal, wenn wir mit und auf unserer Erde eine solche Reise um die Sonne gemacht haben und das Endziel sehen, uns zu fragen, was uns die Fahrt zu Lebens Nutzen eingebracht hat. Für dieses Mal haben wir leider nicht viel Erfreuliches zu melden. Die Fahrt ging durch unwirkliche Gegend. Wir sind zur Zeit noch mitten drin und ohne Ausblick, für den neuen Jahresabschnitt auf bessere Bedingungen rechnen zu können. Darum tobt ein wilder Streit zwischen uns und unseren Mitreisenden auf dieser großen Lebensbahn darüber, wie wohl die Linannehmlichkeiten dieses Lebens- und Zeitabschnittes für alle in die erträglichste Form gebracht werden können.

Daß es nicht leicht sein wird, hier zu einer befriedigenden Lösung zu kommen, ist selbstverständlich. Wie auf der Eisenbahn, so reisen auch die Menschen auf der Lebensbahn in verschiedene Klassen aufgeteilt. Es gibt auch auf der Lebensbahn dritte, zweite und erste Klasse. Daneben ganz oben noch Luxusklasse und ganz unten auch Blindfahrer und — Massentransporte. Wer ein bißchen Phantasie hat, begreift sofort, daß dieser Vergleich die praktischen Lebensverhältnisse haargenau trifft. Und wem es an Phantasie mangelt, den lehrt es allmählich die Brutalität der realen Wirklichkeit. Das gilt wenigstens für die dritte Lebensklasse, also die Masse des schaffenden Volkes.

* *

Unter diesen unwirklichen Verhältnissen wird es immer schwieriger, den Unterhalt für alle auf unserer Lebensreise beschaffen zu können. Das ist um so sonderbarer, als die Allmächtige Natur alles Notwendige in unser Reisesuppe, den Globus Erde, hineingepackt hat. Woran wir leiden, das ist die falsche Organisation des Verproviantierungsprozesses. Diese Organisation ist so, daß sie nicht der Verproviantierung aller unserer Reise- und Lebensgefährten im gerechten Ausgleich dienen kann, sondern nur einer profitablen Geschäftemacherei von einzelnen. Die Inhaber der Produktionsstätten haben ein privates Eigentums- und Besitzrecht auf diese Stätten und sorgen allein für die Befriedigung ihrer Privatinteressen. Mögen die andern sehen, wo sie bleiben.

Auch in dem Reiseabteil für Bergleute ist es nicht besser. Auch hier steigt die Lebensnot in der untersten Reiseklasse immer mehr, während die bevorzugten Schichten der Zechenbesitzer nichts von dieser steigenden Not verspüren. Trotzdem aber soll die Ration für die Kumpels noch mehr beschnitten und verkleinert werden. Viele Zehntausende hat man schon ganz herausgedrängt aus dem Abteil und zu den Massentransporten — der Arbeitslosenbetreuung — hinübergeschoben. Seit Beginn dieser neunzehnhundertunddreißigsten Erdezeit bis heute sind das allein rund achtzigtausend. Längst schon sind für die Uebriggebliebenen die Mahlzeiten durch Kurzarbeit und Feierschichten gekürzt. Und gegenwärtig, sagen wir, will man die Rationen überhaupt verkleinern. — Der Lohn soll abgebaut werden.

Das gilt nicht nur für die Kumpels an der Ruhr, sondern in allen Kohlengebieten Deutschlands ist die gleiche Entwicklung zu beobachten. Nur Lohnabbau kann uns retten! Das ist die Parole, die durchs ganze Land geht. Aber warum gerade nur Lohnabbau? Warum gerade bei denen die Rationen immer mehr kürzen, die so schon kaum damit haushalten können? Das ist die Frage, die immer

mehr den Arbeitsmann in dieser Epoche bewegt. Und die Frage ist mit Recht erhoben. Weite Kreise der Erdenbürger leben zu dieser gleichen Zeit, die von den untersten Klassen immer größere Opfer, immer mehr Entbehrung verlangt, im Ueberfluß und sorgenlos. Das muß den Protest der breiten Massen wachrufen und den Kampf mit der sozialen Ungerechtigkeit heraufbeschwören.

* *

Dieser Kampf aber kann nur ein organisierter sein, wenn er Erfolg bringen soll. Es kommt dabei nicht nur darauf an, daß wir überhaupt eine Organisation haben, innerhalb der wir kämpfen, sondern, daß wir eine genügend starke Organisation besitzen. Auch der Gegner ist stark. Deshalb müssen wir gerade in dieser Zeit alles daransetzen, unseren Reihen immer mehr neue Streiter zuzuführen. Daß das in dieser Zeit so großer sozialer Not nicht leicht sein wird, ist klar. Aber der klassenbewußte Arbeiter muß wissen, daß er gerade deshalb doppelt aktiv sein muß in der Agitation unter seinen indifferenten Mitarbeitern. Gerade diese schweren Krisenzeiten sind am besten geeignet, den Indifferenten die Notwendigkeit des organisierten Klassenkampfes klarzumachen. Diese Krisen sind so der beste Beweis für die Berechtigung unserer Forderung nach Schaffung einer sozialistischen Wirtschaftsordnung.

Leider ist es heute so, daß indifferente Arbeiter, aber auch kommunistisch irreführte, diese Krisenverhältnisse als Beweis für die „Ruhlosigkeit“ der Gewerkschaften heranziehen. Man führt die Krise und ihre Auswirkung auf ein angebliches Versagen der Gewerkschaften zurück. In Wirklichkeit weiß jeder ABC-Schütze des Sozialismus, daß solche Krisen nur selbstverständliche Auswirkung des Kapitalismus sind. Nur auf Grund der Erkenntnis, daß diese Krisen unvermeidlich sind im Kapitalismus, konnte Karl Marx die Forderung nach Sozialismus als eine zwingende Forderung auf Grund wissenschaftlicher Forschung und Erkenntnis erheben.

Zwischen den Jahren.

Scheidendes Jahr:

*Wir sehen dich in die Ferne entschwinden
Mit der Erinnerung blühenden Linden,
Mit der Erinnerung tropfendem Leid:
Ein Strich in der Chronik verklungener Zeit!
Wenige, wenige Sonnenscheintage,
Wochen der Drangsal, Wochen der Plage,
Kampf und Entbehrung gab uns dein Maß.
Aber wir wissen, worum wir stritten,
Aber wir wissen, was wir erlitten:
Giftige Lüge, schäumenden Saß!
Trotz des Gezeifers schritten wir heiter,
Schritten wir zielfest weiter und weiter,
Größer und größer wuchs unsere Schar.
Ein Jahr — es war!*

Kommendes Jahr:

*Wir breiten dir hoffend die Arme entgegen,
Doch nicht mit der Hoffnung auf billigen Segen,
Sondern auf unsere eigene Kraft,
Auf Umkehr der Brüder aus geistiger Saß,
Damit sie den Ernst des Jahres erkennen
Und ihre Kraft nicht schwächen und trennen,
Um dann ein Opfer des Gegners zu sein.
Ein Ring der Eintracht muß uns umschließen,
Kein Tag der Ruhe darf uns verfließen:
Ran an die Bauheit — tagaus, tagein!
Einig im Streben schreiten wir heiter,
Schreiten wir machtvoll weiter und weiter,
Größer und größer wächst unsere Schar
Im neuen Jahr!*

Victor Kalinowski.

Die besten Glückwünsche

zu frohem erfolgreichen Schaffen im
Jahre 1931 entbieten allen Mitgliedern,
Funktionären und Mitarbeitern

Der Vorstand Die Redaktion

Die Arbeiterschaft muß in solchen Krisen mit Rückschlüssen rechnen. Mittels ihrer organisierten Macht in den Berufsverbänden und der politischen Partei kann sie dieselben nur bis zu einem gewissen Grade abwehren. Aber auch in diesem Abwehrkampf liegt gleichzeitig ein Kampf gegen das kapitalistische System. Dieser Abwehrkampf hindert den Kapitalismus, die Krise ganz auf Kosten der Arbeiterschaft zu überwinden. Der Kapitalismus sucht aber auch dieser Tatsache zu begegnen durch eine gesteigerte Rationalisierung und Technisierung, was sich für die Arbeiterklasse in wachsender Arbeitslosigkeit ausdrückt. Wir haben in der letzten Nummer unseres Organs schon darauf hingewiesen, daß sich erst in dieser Entwicklung, also in dem Anwachsen der Arbeitslosen, das eigentliche Problem für die heutige Wirtschaftsgeellschaft herausbildet. Inwieweit dieses Problem gelöst wird, entscheidet, ob die privatkapitalistische Wirtschaftsorganisation noch länger als existenzberechtigt anerkannt werden kann.

* *

Der verfllossene Jahresabschnitt hat den Glauben an den Privatkapitalismus schwer erschüttert. Bis weit in die rein bürgerlichen Kreise hinein hat die Verzweiflung über die unwirklichen Verhältnisse, unter denen wir in diesem Jahre segelten, Platz gegriffen. Der deutlichste Beweis hierfür ist das rapide Anwachsen des Nationalsozialismus. Man hat anfänglich geglaubt, daß diese Bewegung auf Kosten des proletarischen Sozialismus gewachsen sei. In Wirklichkeit aber ist sie ganz auf Kosten des politischen Bürgertums vor sich gegangen, das im letzten Jahre einen katastrophalen Zusammenbruch erfuhr, nachdem die Auflösung dieser bürgerlichen Parteienfront schon seit Jahren eingeleitet hatte.

Man vergleiche nur die Tatsache, daß z. B. die Deutsche nationale Volkspartei im Jahre 1924 noch 19,5 Prozent der Wählerstimmen erhielt und in diesem Jahre, am 14. September, nur noch 7 Prozent; die Deutsche Volkspartei 1924 noch rund 10 Prozent, 1930 nur noch rund 4 Prozent! Auch die Demokraten gingen stark zurück, so daß also der Nationalsozialismus ganz auf Kosten des Bürgertums gewachsen ist. Auch in dieser Entwicklung spiegelt sich der Existenz- und Verzweiflungskampf um die ausreichende Verproviantierung auf dieser Erdenreise. Es sind die Inassen der zweiten Lebensklasse, die in der Nazibewegung um den Aufstieg in die erste und in die Luxusklasse kämpfen.

Man nennt das in der Diskussionsprache zwar anders. Man spricht dort von einer Nazidiktatur, was aber nur heißen kann, daß die führenden Leute eben die Plätze in der Luxusklasse haben wollen, die sie mit brutaler Gewalt dann gegen alle Angriffe verteidigen möchten. Die Arbeiterklasse hat diese Demagogen aber bereits durchschaut. Sie wird mit ihren alten Organisationen das Spiel dieser neuen Propheten zu durchkreuzen wissen. Das Ziel muß sein, für die Lebensweise auf dieser Erdenbahn allen den gerechten Anteil an den Lebensgütern zu sichern. Und wenn auch zur Jahreswende die Aussichten nicht allzu rosig sind, wir vertrauen doch auf unsere Kraft und hoffen, daß wir immer mehr Streiter gewinnen, um in neuer Fahrt wieder neue und bessere Verhältnisse schaffen zu können. Geht das nicht mehr innerhalb der kapitalistischen Ordnung, dann muß dieselbe eben einer sozialistischen weichen. Dann aber tut es doppelt not, daß sich die Arbeiterklasse stark macht, weil die Träger der heutigen Ordnung nicht ohne weiteres ihre Positionen räumen werden. Es gilt im nächsten Jahre besonders, alle die Kreise im bürgerlichen Lager, die aus Verzweiflung an den heutigen Zuständen sich der auf Phrasen und politischer Abenteuerlei aufgebauten Hitlerbewegung zuwenden, für unser auf wissenschaftlicher Erkenntnis beruhendes geschichtliches Zielstreben nach Sozialismus zu gewinnen.

Alsdorf vor dem Reichstag.

Am 12. Dezember beriet der Reichstag Interpellationen und Anträge zu der Katastrophe von Alsdorf, verbunden mit Anträgen zu Maybach und Neurode.

Kamerad Hufemann

führte in seiner Rede aus:

Meine Damen und Herren! Mit diesem Gegenstand sind auch eine Interpellation und ein Antrag verbunden, die sich mit der drohenden Stilllegung der Wenzeslausgrube in Neurode befassen. Ich habe zu dieser Angelegenheit folgende Erklärung meiner Parteifreunde abzugeben:

Wir wünschen und erwarten, daß alles getan wird, um den Weiterbetrieb der Wenzeslausgrube zu sichern. Es darf dabei jedoch nicht die Sicherheit für Leben und Gesundheit der in der Grube beschäftigten Bergarbeiter gefährdet werden. Ich möchte aber bei dieser Gelegenheit darauf hinweisen, daß das ganze niederschlesische Steinkohlenrevier gefährdet ist, und daß auch hier nach Mitteln und Wegen gesucht werden muß, um zu helfen. Die Bergarbeiterbevölkerung des niederschlesischen Steinkohlenreviers gehört mit zu der ältesten und bildet das Rückgrat des ganzen Wirtschaftslebens für Niederschlesien. Es muß Aufgabe der Reichs- und der preussischen Staatsregierung sein, nach geeigneten Mitteln und Wegen zu suchen, um dem betroffenen Revier und seiner Bevölkerung, soweit es irgend möglich ist, Hilfe und Lebensmöglichkeiten zu geben.

Zu den großen Grubenunglücken, die wir in diesem Jahre gehabt haben, kann gesagt werden, daß das Jahr 1930 ein Unglücksjahr für den Bergbau ist. 151 Tote auf der Wenzeslausgrube, 271 auf Anna II in Alsdorf und 98 auf der Maybachgrube im Saarrevier, zusammen 520 Tote, was geeignet ist, in diesem Jahre die Todesziffer im deutschen Bergbau bedeutend in die Höhe schnellen zu lassen. Man darf aber, wenn man an diese Ziffer denkt, nicht vergessen, daß außer diesen Massenunglücken, bei denen gleich Hunderte von Bergarbeitern ihr Leben lassen müssen, täglich Unglücksfälle passieren. Ich will nur darauf hinweisen, daß

im Jahre 1928 11 970 entschädigungspflichtige Anfälle im deutschen Bergbau passierten,

und daß davon 1380 tödlich waren, so daß täglich mehr als vier Knappen den Tod in der Grube fanden. Wir dürfen nicht vergessen, daß das Elend, die Not, die Sorge, der Schmerz für die von den Einzelunfällen Betroffenen gerade so groß ist wie bei den Massenunglücksfällen. Ich begrüße es deshalb, daß der Haushaltsausschuß in der Drucksache Nr. 248 die dort vorgesehene Summe bis zu 2 Mill. M. nicht nur für Unterstützungszwecke für Alsdorf verwenden lassen will, sondern daß auch für Einzelunfälle daraus Mittel genommen werden dürfen.

Wir legen aber nicht nur Gewicht auf die Unterstützung der Hinterbliebenen und Verletzten bei diesen Unglücksfällen, sondern

viel größeren Wert darauf, daß die Untersuchung mit aller Schärfe und, ich möchte sagen, Rückwärtslosigkeit durchgeführt wird, und daß, wenn irgendwelche Verschulden sich ergeben sollten, dann auch eine entsprechende Verfolgung eintritt.

(Hufemann besprach die verschiedenen Theorien über die Unglücksursache: Benzol-, Sprengstoffexplosion, und kam zu dem Schluß, daß unsere Auffassung von einer Schlagwetter- und Kohlenstaubeexplosion in keiner Weise revidiert werden brauche.)

Man hat auch wohl deshalb von einem „Rätsel von Alsdorf“ gesprochen, weil man der Auffassung war, daß eine Grubenexplosion nicht die Möglichkeit habe, über Tage solche Zerstörungen anzurichten. Wir wissen aber, daß solche Vorfälle schon im bergischen und auch im schlesischen Bergbau zu verzeichnen gewesen sind. (Zuruf der Kommunisten: Der Schacht ist aber doch noch in Ordnung!) Daß der Schacht noch in Ordnung ist, Herr Kollege, hat damit gar nichts zu tun. Der Bergmann weiß ganz genau, daß die Explosion in der Grube oft kilometerweit die Strecken zu Bruch reißen, daß Stahlschienen verbogen, Betonmauern eingerissen, Förderwagen durch die Strecken geblasen werden. Es sind auch jetzt wieder ungeheure Verwüstungen angerichtet worden, so daß die Aufräumungsarbeiten mindestens noch, soweit man es übersehen kann, fünf bis acht Wochen dauern werden. Warum sollte nun die Explosion, wenn sie aus dem Schacht „herausgepöfien“ wurde, um dieses Wort einmal zu gebrauchen, wenn sie überall gültige Vorbedingungen findet, wie das in Alsdorf der Fall war, nicht schließlich über Tage diese Zerstörungen anrichten? Ich bitte, einmal folgendes zu beachten: Unter Tage erfährt eine Explosion bedeutende Einschränkungen, einmal räumlich, weil es sich um enge Grubenbaue handelt, zweitens auch durch den Mangel an Sauerstoff. Bei Explosionen in der Grube wird der in der Grubenluft vorhandene Sauerstoff aufgezehrt; erreicht daher bei weitem nicht aus, den vorhandenen Explosions-elementen die völlige Explosionsmöglichkeit zu geben. Ferner ist zu bedenken, daß die große Hitze einer Explosion bei dem Mangel an Sauerstoff auch den vorhandenen Kohlenstaub angreift und ihn vergast, und daß dadurch neuer gefährlicher Explosionsstoff erzeugt wird.

Die Explosion auf Anna II ist hauptsächlich in den Bauen um den Ebnardschacht herum entstanden und hat hauptsächlich dort gewütet. Der Weg von der dritten Sohle bis zu Tage betrug nur 360 Meter und gab bei einem Schachtquerschnitt von fünf Meter die besten Bedingungen zum Herausdringen der Explosion und die Möglichkeit, den im Schacht vorhandenen Kohlenstaub mit zur Entzündung zu bringen und dadurch die Verwüstungen über Tage anzurichten. (Zuruf bei den Kommunisten: Aber der Schacht ist doch ganz geblieben!) Das Schachtmauerwerk ist ganz geblieben, aber über Tage ist diese Verwüstung angerichtet worden. (Zuruf von den Kommunisten.) Sie können ja nachweisen, was über Tage mitgeplündert sein soll, das brauche ja doch ich nicht zu tun. Aber den Beweis für Ihre Behauptung können Sie nicht erbringen.

In den alten Bauen, in den Förder- und Wetterwegen, die nicht immer voll mit Steinen ausgefüllt werden, gibt es Möglichkeiten genug, um große Mengen von Schlagwetterern anzusammeln und dadurch die Gefahren immer größer werden zu lassen. Es ist möglich, aber bisher noch nicht festgestellt, daß ein Gebirgsschlag mitgewirkt und auch Schlagwetter freigemacht hat. (Zuruf von den Kommunisten: Eine wunderbare Entschuldigung für die Zechenverwaltung!) Das werde ich Ihnen schon sagen. Sie brauchen sich um meine Rede gar keine Kopfschmerzen zu machen. Sie haben gar keine Ursache, sich so aufs hohe Pferd zu setzen. Schauen Sie lieber nach Rußland, da finden Sie Mißstände über Mißstände! (Lebhafte Zustimmung bei den Soz. — Lärm bei den Komm.)

Wenn Sie das nicht glauben wollen, will ich Ihnen zum Beweis einen Satz aus dem offiziellen Organ des Volkstummisariats „Na trudowom fronte“ („An der Arbeitsfront“) Nr. 6 vom März 1930 vorlesen. Da heißt es unter „Schlagende Wetter“:

„Explosionen dieser Art (also schlagende Wetter) waren bei uns im Laufe einiger Jahre zu verzeichnen: zwei im Rykow-Bergwerk mit 320 Toten, zwei im Gorlow-Bergwerk mit 84 Toten, zwei im Iwan-Schacht mit 76 Toten. Es gab insgesamt zwölf Explosionen mit 691 Toten. (Hört, hört! bei den Soz.) Was haben wir in Wirklichkeit von 100 Gaschächten, die im Donezbecken inspiziert worden sind, mitgeteilt erhalten? Die bei weitem meisten Schächte haben keine genügende Luftmenge. In den Schächten, denen die Luft in ausreichender Menge zugeleitet wird, wird sie auf die einzelnen Arbeitsabschnitte unrationell und falsch verteilt. Es gibt z. B. einzelne Arbeitsreviere, denen nur 16 Prozent der benötigten Luftmenge zugeleitet wird.“ (Zuruf von den Komm.: Was hat das mit Alsdorf zu tun? — Glöde.)

Ich weise ferner darauf hin, daß im Jahre 1928 in Preußen auf 1000 beschäftigte Arbeiter 214, im russischen Bergbau aber 407 Unfälle zu verzeichnen waren. (Hört, hört! bei den Soz.) Damit will ich dieses Kapitel verlassen. Ich habe es nur angeknüpft, weil die Herrschaften glauben, ständig Zwischenbemerkungen machen zu müssen.

Es muß aber gesagt werden, daß auch auf der Grube in Alsdorf die sonst üblichen Steinstaubstrahlen und das Gesteinstaubverfahren nicht so ausgebaut waren, wie das notwendig gewesen wäre. (Sehr richtig! bei den Soz.) Die Reichsregierung hat die Pflicht, alles zu tun, um auf die Länderregierungen einzuwirken, daß sie baldigst die notwendigen Sicherheitsmaßnahmen treffen, um so die großen Gefahren im deutschen Steinkohlenbergbau zu beseitigen oder doch wenigstens einzudämmen.

Im Anschluß an die Untersuchung möchte ich sagen: Man muß natürlich den Verlauf und das Ergebnis der Untersuchungen abwarten, erst dann kann man Schlüsse ziehen.

Auch auf den Gruben des Eschweiler Bergwerksvereins, wie überhaupt im Bergbau ist

das Antreibesystem stark ausgebaut.

(Sehr wahr! links.) Das gilt vor allem für die Gruben Anna I und II des Eschweiler Bergwerksvereins in Alsdorf. Dieses Antreibesystem ist sehr stark. Besonders die drei verunglückten Beamten: der Betriebsführer Kleine, der Fahrsteiger Wörtsdorfer und der Steiger Wolf standen bei der Belegschaft in einem sehr schlechten Rufe. Typisch für die Zustände ist auch, daß der Betriebsführer von Anna I an dem Tage nach dem großen Unglück, also am 22. Oktober, einen Steiger, der als Mitglied der Rettungskolonie am Tage vorher sich in aufopferungsvoller Weise an den Rettungsarbeiten beteiligt hatte, anschnauzte und nach Hause schickte,

weil er am 21. Oktober sein Soll nicht geliefert hatte.

(Rufe von den Soz.: Pfui Teufel!) Der Betriebsführer hat dies nachher mit Bedauern zurücknehmen müssen. Aber der Fall zeigt doch, wie diese Herrschaften vielfach vorgegangen sind.

Auch sonst sind Mißstände vorhanden gewesen. So hat der Grubentrolleur einmal festgestellt, daß an einem Strebeboiler von 60 Meter Höhe auf einer Strecke von 20 Meter alles offen stand, also die Ausfüllung mit Steinen nicht genügend erfolgt war. (Zuruf von den Kommunisten: Das ist doch alles schon vier Wochen vorher gesagt worden!) Daß die Beamten auf Eschweiler von oben bis unten einen unangebrachten Ton, um keinen schärferen Ausdruck zu gebrauchen, gegenüber den Arbeitern anwenden, das hat ein Unternehmer in einer Wächner Zeitung, dem „Politischen Tageblatt“, festgestellt. Er schrieb dort, es sei

unerhört, daß die Direktion des Eschweiler Bergwerksvereins ein derartiges Antreibesystem dulde,

und noch unerhörter sei es, daß die Arbeiter fortgesetzt in der brutalsten Weise angeschnauzt und beleidigt würden. Das schlimmste aber sei, wenn sich ein Arbeiter dagegen zu wehren versuche, dann habe er zu gewärtigen, daß er entlassen werde. Er sei auch Unternehmer, aber er betrachte den Arbeiter immer noch als Menschen; auch beim Eschweiler Bergwerksverein müsse eine andere Arbeiterbehandlung Platz greifen.

Ferner sei gesagt, daß die Verwaltung des Eschweiler Bergwerksvereins so rücksichtslos vorgeht, daß Arbeiter, die 14 Tage lang krankfielen, die Kündigung und die Entlassung ins Haus geschickt bekommen. (Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.) Dadurch erreicht man natürlich, daß die Krankenziffer herabgedrückt wird. Aber der Gesundheit der Bergarbeiter wird dadurch nicht gedient. (Zuruf von den Kommunisten: Das ist doch überall so! Ist Ihnen das so neu?) Es ist mir nicht neu. Dagegen kämpfen wir stets an, mehr als Sie durch Ihre Schreierei und Zerpfitterungsarbeit.

Ich möchte aber bei dieser Gelegenheit sagen, daß das Antreibesystem nicht nur auf den Gruben Anna I und Anna II und auf dem Maybachschacht, wo die Verhältnisse ähnlich liegen und wo es sich auch um Kohlenstaub- und Schlagwetterexplosionen gehandelt hat, in solchem Maße anzutreffen ist, sondern daß das auf der ganzen Linie der Fall ist. Man muß also auf mehreren Gruben gewärtigen, daß es zu solchen Katastrophen kommt, wenn unglückliche Umstände zusammentreffen.

Aus dem, was sich bei den Unglücksfällen in diesem Jahre ereignet hat, müssen wir nun Schlussfolgerungen ziehen. Wir müssen erreichen, daß

für den Bergbau Deutschlands ein einheitliches Reichsberggesetz

geschaffen wird, daß die Bergpolizei reformiert wird, daß die bergpolizeilichen Vorschriften für den gesamten Bergbau vereinheitlicht werden, daß die Grubentrolleure, wie wir sie in Preußen und Sachsen haben, auf den ganzen Bergbau Deutschlands ausgedehnt und ihre Rechte erweitert werden, daß das Gesteinstaubverfahren in allen Steinkohlenbezirken durchgeführt wird, auch dort, wo der Kohlenstaub angeblich schwer entzündlich ist. Es müssen schließlich auch Fluchtwege und Rettungskammern eingebaut werden und die Arbeiter über den Zweck dieser Rettungskammern und Rettungswege fortgesetzt informiert werden, damit sie im Augenblick der Gefahr auch wissen, welchen Weg sie zu gehen haben. Beim Alsdorfer Unglück hat sich doch herausgestellt, daß die bedrohten Bergarbeiter einen verkehrten Weg gingen, wodurch nur ein kleiner Teil von ihnen mit dem Leben davonkam. Ferner ist notwendig, daß die Wettertrolleure ähnlich wie die Betriebsräte vor Benachteiligung und Entlassung geschützt werden, daß schließlich, wenn bei der Untersuchung festgestellt wird, daß die Benzolmaschinen das Wetter entzündet haben, diese aus den Grubenbauen verschwinden, damit die Bergleute davon geschützt werden.

Schließlich ist eine Grubensicherheitskommission für das ganze Reich und für jedes Oberbergamt in Deutschland gleichfalls eine Grubensicherheitskommission zu bestellen, diese müssen aber mit größeren Rechten als bisher ausgerüstet werden. Auf diese Weise werden die Belegschaften gesichert, und schließlich werden, wenn zu diesen Kommissionen auch Bergarbeiter gehören, bei Unglücksfällen diese Kommissionen eher die Möglichkeit haben, den Ursachen der Unglücksfälle nachzugehen, als berufsferme Kommissionen, wie sie vielfach vorgeschlagen werden. Berücksichtigt man alle diese Wünsche der Bergarbeiter, die meine Freunde zu den ihrigen machen, dann wird man

den lebenden Bergmann schützen.

Dann wird dafür gesorgt, daß der Bergmann mit größerer Freude, als es bisher der Fall gewesen ist, seiner gefährlichen Arbeit nachgehen kann. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Dann schickten die Nazis ihren „Wissenschaftler“, den Chemiker Dr. Ley vor, der sich mit Artikeln über Alsdorf seinerzeit fürchterlich blamierte. Er sprach denn auch über das Unglück nur ganz kurz und verwandte den größten Teil seiner Rede darauf, nachzuweisen, daß das belgisch-französische Kapital und die Tributpolitik Schuld an dem Unglück in Alsdorf seien. Vorwürfe gegen die Verwaltung oder Angestellte des Eschweiler Bergwerksvereins lehnte er ausdrücklich ab. Aber die marxistische Gewerkschaftspolitik machte er für das Unglück verantwortlich.

Florin erhob für die Kommunisten die Anklagen, die wir zum Überfluß kennen. Ganz besonders aber erhob er Vorwürfe gegen die Gewerkschaften und Sozialdemokraten.

Generaldirektor Albrecht führte den „Wissenschaftler“ Dr. Ley gründlich ab, mit seinen „alten Männern“ und seiner Theorie, daß das zusammengepresste Grubengas am gefährlichsten sei, während die Gefahr nur in dem bestimmten explosionsgefährlichen Mischungsverhältnis des Gases mit Luft liegt.

Ruhnen lehnte für das Zentrum die Frage nach der Schuld einstweilen ab, sagte aber weiter manches Treffende über die Gefahr für den Bergmann, die in den heutigen Arbeitsverhältnissen liegt.

Kamerad Limbert

wandte sich gegen die Auffassung von Albrecht, daß die in die Baue hineinschlagende Explosion Widerstand gefunden habe an den Gesteinstaubstrahlen, die bekanntlich auf dem Unglücksschacht nur ganz ungenügend vorhanden waren. Er führte weiter aus: Wenn Kollege Albrecht weiter meinte, daß man dem Unternehmer im deutschen Bergbau nicht Antreiberei vorwerfen könne, so ist er auch damit im Irrtum. Die Antreiberei ist gerade in den letzten Jahren eine sehr große Gefahr geworden, neben der Ausdehnung von Betriebspunkten, der Vernachlässigung des Bergeverfahres, dem falschen Treiben von Blindörtertern, dem Anreiz zu übermäßigem Munitionsverbrauch durch Verwendung zu langer Bohrer usw. Dadurch ist in den Gruben so große Gefahr entstanden, daß wir auch im Ruhrgebiet immer Angst vor einer Katastrophe haben müssen.

Die Nationalsozialisten, die anscheinend keinen Mann in ihrer Fraktion haben, der schon eine Grube von innen gesehen hat, schrieben das tollste Zeug über Alsdorf. Mit Extrablättern machten sie Geschäfte und behaupteten, daß Tributnechtschaft und Pazifismus Schuld an dem Unglück seien. Ueber die technische Weisheit des Herrn Dr. Ley haben die Bergleute nur den Kopf geschüttelt, aber die Hühner der Bergleute haben darüber gelacht. Die Nazis kennen ja nicht die alten Zeiten von Zollern, Karolinenenglück, Reden und Radob. Damals hatten wir die Berechtigung zu der Anklage, daß Kapitalismus und Staatsgewalt miteinander schuldig waren am Maffentod der Bergleute. Damals konnte Hilger sagen: Wir machen aus den Sicherheitsmännern weiße Salbe, damals konnten Unternehmer im Palasthotel sagen: Drücken Sie dem Minister die Daumen ins Auge, daß er nicht auf sozialdemokratische Bergleute hört. Die von den Nazis verleumdete „marxistische Gewerkschaftspolitik“ hat dazu geführt, daß wir erst 6, heute 31 Grubentrolleure aus den Reihen der Bergleute haben!

Gegenüber kommunistischen Verunglimpfungen unserer Betriebsräte möchte ich sagen: Was muß, unser Verbandsmitglied, und ein christliches Betriebsratsmitglied erlitten den Tod, weil sie auf dem Betriebsratssitz saßen und auf den Bergtrat warteten, der mit ihnen über erstattete Anzeige verhandeln wollte! Als Opfer ihrer Pflichterfüllung gegenüber der Belegschaft sind diese Betriebsräte gefallen, die Kommunisten hören aber nicht auf, unsere Betriebsräte zu beschimpfen!

Zum Schluß fragte der Redner der RPD, was unser Verbandsvorstand zu der Pressehege gegen die RPD. sage, wie wir zu den polizeilichen Bürgerkriegsvorbereitungen im Ruhrgebiet ständen und ob es wahr sei, daß unser Verbandsvorstand schon wieder versprochen habe, sich gegen einen Streik zu wenden. Wir antworten darauf: Unser Verbandsvorstand ist nur für seine Handlungen und seine Polemik verantwortlich. Bürgerkriegsvorbereitungen kennen wir nicht, die wahrscheinliche Sicherung gegen den Bürgerkrieg ist auch nicht unsere Sache. Die Behauptung, daß unser Verband versprochen habe, nicht zu streiken, ist eine Lüge, die durch ewige Wiederholung nicht zur Wahrheit wird!

Das Verdienst, daß die Unfälle im Bergbau, abgesehen von Katastrophen, die Tendenz des Rückganges zeigen, dürfen die Bergarbeiterorganisationen für sich in Anspruch nehmen! In dieser vernünftigen Arbeit werden sie trotz aller kommunistischen Angriffe fortfahren zum Segen des deutschen Bergmanns. (Beifall bei den Sozialdemokraten, Geschrei bei der RPD.)

Angenommen wurde der Ausschußantrag Nr. 248:

Der Reichstag wolle beschließen, die Reichsregierung zu er-suchen,

- a) aus Anlaß der großen Grubenkatastrophen zu Alsdorf und Maybach bis zu zwei Millionen Reichsmark zur Unterstützung der Angehörigen der bei diesen und anderen Unglücksfällen verunglückten Bergleute des Ruhr- und Saarreviers zur Verfügung zu stellen;
- b) auf eine eingehende Untersuchung über die Ursachen, die zu den Katastrophen führten, hinzuwirken.

Annahme fand ein Antrag, durch Reich und Staat die Stilllegung der Wenzeslausgrube zu verhindern, sowie der Antrag der Sozialdemokraten:

die Reichsregierung zu ersuchen, alsbald den Entwurf eines Reichsberggesetzes vorzulegen. Dieser Entwurf muß insbesondere den Grubentrolleuren gegenüber dem heutigen Zustand größere Rechte gewähren. Ferner sind die Wettertrolleure bei Ausübung ihres Berufes gegen Benachteiligungen und Entlassungen zu schützen.

Mehr Schutz den Bergarbeitern

fordert die sozialdemokratische Fraktion im Preussischen Landtag.

Die diesjährigen Massenunglücke im Bergbau haben erneut die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf die Gruben Gefahren gelenkt. Wochenlang beschäftigte sich die Presse mit der Gefährlichkeit des Bergbaues und machte vielfach Vorschläge, die solche oder ähnliche Katastrophen in Zukunft unmöglich machen sollten. Unser Verband hat in seinem Organ „Die Bergbau-Industrie“ und auf vielen Konferenzen zu den Grubenkatastrophen Stellung genommen und besseren Schutz für die Bergarbeiter gefordert. Nach auf der letzten Reichskonferenz in Berlin wurde eingehend Stellung dazu genommen und Richtlinien für die Unfallbekämpfung im Bergbau aufgestellt.

Unsere Verbandsmitglieder, die Abgeordneten Otter (Kochum), Osterroth (Berlin), Jakobs (Stadde) und Franz (Oberstlesien), haben im Auftrag unseres Verbandes und der sozialdemokratischen Landtagsfraktion am 15. Dezember einen Antrag im Preussischen Landtag eingebracht, der folgenden Wortlaut hat:

„Der Landtag wolle beschließen:

Das Staatsministerium wird ersucht, unter Berücksichtigung der furchtbaren Erfahrungen, die anlässlich der Grubenkatastrophen in Neurode, Niederhermsdorf, Alsdorf usw. gesammelt wurden, einen weiteren Ausbau der Grubensicherheit nach folgenden Grundsätzen durchzuführen:

Bergpolizeivorschritt.

1. Für den gesamten Bergbau Preußens ist eine einheitliche Bergpolizeivorschrift (getrennt nach Bergbauarten) zu erlassen.

2. In allen Bergbaurevieren und Bergbauarten (Erz, Kalk, Braunkohle) sind Grubensicherheitsbeauftragte einzuführen. Die Grubensicherheitsbeauftragten erhalten das Recht, über die Gruben Gefahren sowie über ihre Erfahrungen bei der Unfallbekämpfung auch mit ihren Berufsorganisationen in Verbindung zu treten.

3. Bei den Bergrevierämtern ist ein Jahrbuch einzuführen, in das der Bergrevierbeamte und seine sämtlichen Mitarbeiter fortlaufend ihre Wahrnehmungen bei den Grubenbefahrungen und etwaige Vorkommnisse einzutragen haben. In dieses Jahrbuch ist auch einzutragen, was der Bergrevierbeamte aus Grund der angegebenen Beaufsichtigungen veranlaßt hat. Dies Jahrbuch ist jeden Monat dem zuständigen Oberbergamt zur Prüfung vorzulegen.

4. Um das Vertrauen zwischen Bergarbeiter und Bergbehörde noch mehr zu vertiefen, ist bei den Oberbergämtern noch eine zweite Vertrauensperson aus den Reihen der Tarifgewerkschaften mit bergpolizeilichen Befugnissen einzuordnen, die durch Grubenbefahrungen die mitgeteilten Mängel sofort untersuchen darf. Diese Person untersteht dem Berghauptmann.

Rechte der Grubensicherheitskommission.

5. Die bei den Oberbergämtern eingesetzten Grubensicherheitsbeiräte haben das Recht,

a) Zeugen über Grubenunfälle unter Eid zu vernehmen wie die vom Parlament eingesetzten Untersuchungsausschüsse;

b) Einsicht in die Akten der Bergrevierämter und Oberbergämter zu nehmen;

c) bei größeren Grubenunfällen selbständige Grubenbefahrungen vorzunehmen.

Abbau.

6. Der Kohlenabbau in Blindörtern ist nur in den allerdringendsten Notfällen und nur vorübergehend zu gestatten. Die Höhe der Abbaustöße darf in Flözen bei einer Mächtigkeit bis zu einem Meter 120 Meter nicht übersteigen. Bei solchen Abbaustößen muß ein Fluchtweg vorhanden sein, der nicht über 70 Meter vom Ort entfernt sein darf.

In allen Abbauteilungen sind besondere Fluchtwege vorzuschreiben und unter dauernde Ueberwachung zu stellen. Die Belegschaften der Abbauteilungen sind jährlich mindestens mehrmals über Art und Zweck der Fluchtwege zu unterrichten. Diese Fluchtwege müssen Verbindung zum Schacht haben.

In den Abbauteilungen sind besondere Rettungskammern einzurichten. Unterwerksbaue sind nur in den äußersten Notfällen und nur, wo große Störungen und Ueberschiebungen eine andere Abbauart schlecht ermöglichen, zuzulassen.

Bewetterung.

7. Im Interesse der Gesundheit der Bergarbeiter sind die Strecken mit genügend großem Querschnitt aufzufahren und instand zu halten. Die Wettergeschwindigkeit darf erfahrungsgemäß ein normales Maß nicht überschreiten, soweit dadurch nicht die Beseitigung der Grubengase über 1 Prozent (1/100) gefährdet wird.

Den Wetterkontrolluren ist ein weitgehender Schutz gegen Benachteiligung und Kündigung zu gewähren. Tägliche Wetterkontrolle in Strecken sowie in stillgelegten und abgeworfenen Betrieben, die durch entsprechende Dämme nicht genügend gesichert sind, ist vorzuschreiben.

Auch vor solchen Betriebspunkten, vor denen in drei oder vier Schichten gearbeitet wird, ist Schlagwetterkontrolle einzurichten.

Gesteinstaubverfahren.

8. Das Gesteinstaubverfahren im Steinkohlenbergbau ist auch auf Gruben mit schwer entzündlichem Kohlenstaub auszubauen. Durch entsprechende Vorkehrungen ist bei übereinanderliegenden Strebflößen ein Durchschlagen von einem Betriebspunkt zum andern zu verhindern. Vorgesetzte Vorkehrungen sind für sich mit Gesteinstaubschranken abzuriegeln.

Förderung.

9. Benzol-Lokomotiven sind aus den unterirdischen Betrieben zu beseitigen. Elektrische Fahrdrahtlokomotiven sind auf Schlagwettergruben in Strecken mit gefährlichem oder durch Uebau in Bewegung gekommenem Gebirge zu verbieten. Ihre Zulassung darf nur erfolgen im Einziehungstrom mit erfahrungsgemäß gutem Gebirge und guter und dichter Ausmauerung.

Die augenblickliche Zulassung von Diesel-Lokomotiven darf nicht weiter ausgedehnt werden.“

Zehnte Ausschußsitzung des ADGB.

Am Sonntag, dem 14. Dezember, trat der Ausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes im Gebäude des Reichswirtschaftsrates zu seiner 10. Sitzung zusammen.

Bevor er in die eigentliche Tagesordnung eintrat, wies Leipart auf das in der vergangenen Woche erlassene Verbot des Remarque-Films „Im Westen nichts Neues“ hin. Er halte es für notwendig, daß der Bundesausschuß gegen dieses Verbot entschiedenen Protest einlege.

Dann erstattete er Bericht über die Tätigkeit des Bundesvorstandes seit der letzten Ausschußsitzung. Die Arbeitslosigkeit ist seit der letzten Tagung unaufhaltbar angewachsen. Das zwingt die Gewerkschaften, erneut zu der Lage Stellung zu nehmen. Der Bundesvorstand hat sich in den letzten Wochen ständig mit diesem großen Fragenkomplex beschäftigt. Zunächst sollen aber einige Fragen, mit denen der Vorstand sich befaßt habe, vorweg erörtert werden.

Ein Ortsausschuß hat sich an den Bundesvorstand mit der Anregung gewandt, den Umfang der Gewerkschaftspressen vorübergehend einzuschränken und statt dessen eine verstärkte Agitation durch Flugblätter zu betreiben. Der Bundesvorstand hält diese Anregung für beachtlich. Er will selbst Flugblätter herausbringen, in denen er zu den allgemeinen Fragen Stellung nimmt. Er empfiehlt den Verbänden, die besonderen Fragen ihres Tätigkeitsbereichs in der gleichen Weise zu behandeln. Auch die Bezirkssekretäre und die Ortsausschüsse sollten sich diesem Vorgehen anschließen.

Eine Anregung, der Notgemeinschaft deutscher Wissenschaft als korporatives Mitglied beizutreten, hat der Bundesvorstand aus finanziellen Gründen ablehnen müssen. Dagegen werden die Gewerkschaften die von der Notgemeinschaft deutscher Wissenschaft eingeleitete Untersuchung über das Grubenunglück in Alsdorf und die Verhütung ähnlicher Katastrophen unterstützen.

Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen sprach Leipart über die wirtschaftliche Notlage der deutschen Studenten, für die in weit geringerem Maße als bisher Stipendien zur Verfügung gestellt werden könnten. Er halte es daher für zweckmäßig, daß einer Anregung, die von sozialistischen Hochschullehrern ausgegangen sei, stattgegeben werde. Der Vorschlag gehe dahin, daß die Gewerkschaften selbst bestimmte wissenschaftliche Arbeiten anregen sollten, für die zunächst zwei Preise von je 2000 M. ausgesetzt seien, und zwar geteilt in je drei Preise von 1000, 600 und 400 M. (Unser Verband hat in anderer Form, Sammlung und Bearbeitung von Haushaltsrechnungen, in dieser Hinsicht gewirkt. Die Redaktion.)

Für das Arbeitersekretariat in Neurode hat der Bundesvorstand 1000 M. bewilligt.

Der Vorstand hat sich in letzter Zeit mit dem Plan beschäftigt, eine Konferenz einzuberufen, zu der die Sachbearbeiter der Verbände für Betriebsrätefragen, die Bezirkssekretäre und die Vertreter der größeren Ortsausschüsse geladen werden sollen, außerdem eine größere Anzahl von Betriebsräten, um über Betriebsrätefragen zu beraten.

Von Seiten des Jugendsekretariats wird berichtet, daß der Reichsausschuß der Deutschen Jugendverbände, dem wir angehören, eine Reihe gesetzgeberischer Maßnahmen zur Erweiterung des Jugendschutzes vorgeschlagen werden, die eigentlich ihre Regelung im Arbeitsschutzgesetz finden würden. Es sei aber vielleicht zweckmäßig, diese Fragen vorweg einer Lösung entgegenzuführen. Die Vorschläge sind in Vorbereitung.

Im Zusammenhang mit der Preislenkungsaktion ist die Forderung nach Aufhebung des Nachtbrotverbotes er-

hoben worden. Der Bundesvorstand hat es aus verschiedenen Gründen abgelehnt, seinerseits diese Aufhebung zu befürworten; vor allem aus dem Grunde, weil sie vermutlich zu neuen Entlassungen führen würde. Das widerspräche der von den Gewerkschaften befolgten Politik. Der Zentralverband deutscher Konsumvereine ist dagegen entschlossen, die Aufhebung des Nachtbrotverbotes für Großbetriebe nachdrücklich zu betreiben.

Dann berichtete Leipart kurz über den Internationalen Gewerkschaftsbund. Es ist bereits bekannt, daß als Nachfolger Sassenbach der Kollege Schewenels zum Generalsekretär des IGW gewählt worden ist. In der letzten Sitzung des IGW wurde zum Untersekretär der von der Landeszentrale der Tschechoslowakei vorgeschlagene Kandidat Stolz gewählt.

Ein gemeinsamer Ausschuß zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, in dem die Sozialistische Arbeiterinternationale und der Internationale Gewerkschaftsbund vertreten sind, bereitet eine größere Denkschrift zu dieser wichtigen Frage vor. Er wird seine Arbeiten im Januar auf einer neuen Tagung in Zürich fortsetzen.

In der Debatte, die sich an die Mitteilungen des Bundesvorstandes angeschlossen, wurde die Auffassung vertreten, daß Betriebsrätekonferenzen zweckmäßigerweise von den Verbänden einberufen werden sollten. Dagegen sei eine Konferenz der Sachbearbeiter der Verbände sehr zu begrüßen. Hülsmann vom Bergarbeiterverband hielt es vor allem für wichtig, die Amtszeit der Betriebsräte zu verlängern, die Wahlperiode auf etwa drei bis vier Jahre festzusetzen. Demgegenüber wurde von Bernhard, Baugewerksbund, betont, daß die Verlängerung der Amtszeit der Betriebsräte für bestimmte Industrien, wie z. B. das Baugewerbe, nicht von erheblicher Bedeutung sei. Endlich wurde auch in der Aussprache darauf hingewiesen, daß der Zweck einer Betriebsrätekonferenz vielleicht nicht erreicht werden könne, wenn die Zahl der Teilnehmer zu stark beschränkt würde.

Zu der Frage des Nachtbrotverbotes wurde ausgeführt, daß es ein Irrtum sei, von seiner Aufhebung eine Herabsetzung des Brotpreises zu erwarten. Die Herstellung von Brot in der Nacht würde sich verteuern, da die Bäckerarbeiter ebenso wie alle anderen Arbeiter Nachtarbeit nur gegen Lohnzuschläge leisten würden.

Wenn der Jugendschutz aus dem Arbeitsschutzgesetz herausgenommen und vordringlich behandelt würde, bestünde die Gefahr, daß andere wichtige Fragen, die für die Verbände von nicht geringerem Interesse sind und gleichfalls durch das noch ausstehende Gesetz geregelt werden sollen, weiterhin verschoben werden.

Eine Reihe von Verbandsvertretern erklärte, daß eine generelle Einschränkung des Umfangs der Gewerkschaftszeitungen nicht in Frage komme, insbesondere Brandes vom Metallarbeiterverband und Brey vom Fabrikarbeiterverband hielten sie nicht für empfehlenswert. Dagegen waren alle damit einverstanden, eine intensivere Agitation durch Flugblätter zu betreiben, die um so wirkungsvoller sein würde, wenn sie sich aus ganz bestimmten Situationen ergäbe, sich mit falschen Behauptungen und Entstellungen der Gegner auseinandersetze usw.

Einer der Redner wandte sich gegen die Haltung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, die die von den Kommunisten vorgeschlagene Winterbeihilfe für die Erwerbslosen im Betrage von 400 Millionen abgelehnt habe. Dem wurde entgegengehalten, daß die Sozialdemokratie gegen die von den Kom-

munisten beantragte Nothilfe stimmen mußte, weil es sich um einen bloßen Agitationsantrag gehandelt habe. Die Antragsteller hätten sich so gut wie jeder andere, der die Finanzlage des Reiches kenne, darüber klar sein müssen, daß diese 400 Millionen gar nicht aufgebracht werden können. Die Staatseinnahmen gingen zurück, während die Staatsausgaben wuchsen. Wenn die Sozialdemokratie sich für diesen Antrag erklärt hätte, so hätte sie höchstens die Regierung Brüning gestützt.

Thomas vom Dachdeckerverband wandte sich gegen die Aussetzung von Preisen für wissenschaftliche Arbeiten von Studenten, solange die Verhältnisse an den deutschen Universitäten so seien, wie die Vorfälle in Berlin und in Königsberg bewiesen. Man müsse an die Universitäten herantreten, um weltanschauliche Auseinandersetzungen zu verlangen. Demgegenüber wurde von anderen Verbandsvertretern betont, daß es nur nützlich sein könne, wenn die Studierenden sich mehr mit der Arbeiterbewegung beschäftigen würden, statt über sie zu urteilen, ohne sie zu kennen.

In der Aussprache kam wiederholt zum Ausdruck, daß die Gewerkschaften sich mit aller Entschiedenheit für den Ausbau des Reichsbanners zu einer wirklichen Schutzorganisation der Arbeiterchaft und des republikanischen Staates einsetzen müßten.

Alle Verbandsvertreter waren der einmütigen Auffassung, daß es nicht genüge, gegen das Verbot des Remarque-Films zu protestieren; es müsse vielmehr mit aller Entschiedenheit die Aufhebung dieses Verbotes gefordert werden.

Am Schluß der Aussprache wies Leipart darauf hin, daß die Verbandsorgane dem Bundesvorstand ihre Stellungnahme zu dem Plan einer Betriebsrätekonferenz mitteilen sollten. Der Bundesvorstand werde dann entsprechend dieser Stellungnahme seinen Plan weiter verfolgen.

Eine vom Bundesvorstand vorgelegte Entschließung für die Aufhebung des Verbots des Remarque-Films wurde vom Bundesausschuß einstimmig angenommen. Sie hat folgenden Wortlaut:

„Der Bundesausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes spricht seine Empörung aus über das Verbot des Remarque-Films. Er protestiert entschieden gegen dieses Verbot, das von dem alten militärischen Geist diktiert ist, keineswegs aber von dem Geist der Männer, die an der Front kämpften. Er protestiert gegen das Wiederaufleben der Methoden des Obrigkeitstaates, die Freiheit der eigenen Urteilsbildung zu verhindern. Demgegenüber betont der Bundesausschuß erneut den entschlossenen Willen der organisierten Arbeiterchaft zur Sicherung des Friedens und der demokratischen Volksrechte. Die Gewerkschaften fordern deshalb, daß das Verbot des Films aufgehoben wird.“

Das neunte Schuljahr.

Im weiteren Verlauf der Tagung des Bundesausschusses wurde die Frage des neunten Schuljahres behandelt, zu der der Bildungssekretär des ADGB, Kollege Heßler, folgende Ausführungen machte:

Die Frage der Erweiterung der Schulpflicht wurde aus arbeitsmarktpolitischen Erwägungen bereits anlässlich der Wirtschaftskrise 1926-27 lebhaft erörtert. Für die neue Debatte war wiederum die Arbeitsmarktlage der Ausgangspunkt. Die preussische Staatsregierung hat der Reichsregierung Vorschläge zur Befämpfung der Arbeitslosigkeit eingereicht, die auch eine Verlängerung der Schulpflicht vorsehen. Diese Vorlage erfordert auch eine Stellungnahme der Gewerkschaften.

In der vorgelegten Entschließung ist zunächst unsere grundsätzliche bejahende Auffassung von der Erweiterung der Schulpflicht eindeutig hervorgehoben worden. Für die Notwendigkeit, die Schulpflicht zu verlängern, sind in den letzten Jahren so viele gute Gründe ins Feld geführt worden, daß wenige Andeutungen genügen, um die Bedeutung dieser Forderung zu unterstreichen. Die Gewerkschaften treten aus Gründen des Jugendschutzes für diese Forderung ein. Auch der IGW hat, da diese Frage in den wichtigen Kulturstaaten überall zur Diskussion steht, in sein Jugendschutzprogramm die Forderung aufgenommen: „Elementarschulpflicht bis zum Beginn der zulässigen Erwerbsarbeit“. Eine längere Fernhaltung der Jugendlichen von der Erwerbstätigkeit wird dazu beitragen, daß sie ihre Berufsentscheidung mit größerer Sicherheit treffen. Die Verlängerung der Schulpflicht bringt, wenn die Maßnahme im Hinblick auf den Lehrplan und die organisatorische Eingliederung des neunten Schuljahres in sachverständiger Weise vorbereitet wird, ganz allgemein eine bessere Durchbildung der Kinder der Arbeiterschaft mit sich. Das wird auch in England, wo die Frage zur Zeit einer Lösung entgegengeführt wird, mit größter Entschiedenheit hervorgehoben.

Der von der preussischen Regierung unterbreitete Vorschlag ist als Notmaßnahme gedacht. Sie soll nur für einen befristeten Zeitraum gelten und bis zum Jahre 1934 in Stappen wieder abgebaut werden. Die Verlängerung der Schulpflicht um ein weiteres Jahr soll „das Zufließen von neuen Arbeitskräften auf den Arbeitsmarkt in der jetzigen Notzeit verhindern“. Etwa 250 000 Schulentlassene werden Arbeitsplätze in Anspruch nehmen. Die Fernhaltung dieser Arbeitskräfte vom Arbeitsmarkt soll älteren Jugendlichen oder erwachsenen Arbeitnehmern Arbeit und Brot sichern. 1931 werden etwa 665 000 Jugendliche aus der Schule entlassen. Davon sind 250 000 Nicht-Erwerbstätige und Befucher höherer und mittlerer Schulen sowie Fachschulen; 160 000 erwerbstätige Jugendliche (also ein Drittel) werden in die Landwirtschaft und Gärtnereibetriebe gehen, für die die geplante Regelung nicht gelten soll. Nicht in jedem Falle wird der Unternehmer an Stelle der gering bezahlten Arbeitskräfte besser bezahlte ältere Jugendliche einstellen. Da ältere Arbeitskräfte mehr leisten, würde außerdem durch deren Einstellung die Kopfzahl der Beschäftigten eingeschränkt werden. Von den verbleibenden 250 000 dürfte also höchstens die Hälfte, etwa 125 000, als Ersatz aus anderen Altersklassen eingestellt werden. Welche Ergebnisse ergeben sich unter dieser Annahme für die Reichsanstalt, die die Kosten übernehmen soll? Etwa zwei Drittel werden aus der Zahl der Nichtunterstützungsempfänger in Betracht kommen, da der Anteil der Nichtunterstützungsempfänger an der Gesamtzahl der Arbeitslosen etwa 50 bis 60 Proz. beträgt. Es blieben daher etwa 40 000, für die die Reichsanstalt die Unterstützung ersparen würde. Seht man hierfür einen wöchentlichen Unterstützungssatz von 11 M. an, so ergäbe sich eine Jahresersparnis von 23 Mill. M. Da das preussische Handelsministerium für die Durchführung seiner Maßnahme etwa 15 Mill. M. rechnet, so könnte es mit dem entsprechenden Anteil auskommen. In diesem Beitrag ist aber die Wirtschaftsbefähigung für die Eltern viel zu gering angelegt. Nur 20 Prozent der Eltern sollen eine Beihilfe erhalten mit einem Monatsbetrag von 10 M. Würde man aber drei Fünfteln der Eltern eine Beihilfe gewähren, so wäre allein schon ein Betrag von 12 Mill. M. dafür erforderlich. Es ist

nicht recht verständlich, warum die Landwirtschaft ausgenommen worden ist. Gerade in der Landwirtschaft müßte alles getan werden, um das Bildungsniveau zu heben.

Die Forderung, daß das erweiterte Schuljahr in angemessenem Umfang auf die Berufsausbildung anzurechnen ist, setzt eine gewisse Bereitwilligkeit der Arbeitgeber voraus. Zweifellos könnte die Lehrzeit eine Verkürzung erfahren, da der Jugendliche körperlich kräftiger und geistig durchgebildeter in seinen Beruf eintritt. Das erste Lehrjahr wird ohnehin in den meisten Fällen sehr unproduktiv verbracht. Aber die Arbeitgeber halten gerade im jetzigen Zeitpunkt die Durchführung der Maßnahme infolge der Zeitknappheit der Anzahl der Jugendlichen nicht für geeignet.

Sicherlich ist auch die Bereitwilligkeit der Eltern, gerade in der gegenwärtigen Zeit des Lohnabbaus und der Steuerbelastung das Opfer auf sich zu nehmen, das ihnen aus dieser Maßnahme erwachsen würde, sehr gering. Im übrigen dürften die Vorbereitungen für die Lehrstellenvermittlung zu Ostern 1931 schon getroffen sein. Schwierigkeiten für die Lehrstellenvermittlung dürften allgemein wohl kaum in größerem Umfang bestehen.

Dieser als Notmaßnahme gedachten verlängerten Schulpflicht stehen also mancherlei Bedenken entgegen. Für eine dauernde Regelung ist der Zeitpunkt ungeeignet, da das Reich und die Länder angesichts der Einschränkungen ihres Etats die Mittel nicht aufbringen können. Es fehlt auch noch eine einwandfreie finanzielle Berechnung der Kosten für die allgemeine Einführung der verlängerten Schulpflicht.

Vor allem aber ist die Frage, welcher Schulgattung, ob Volks- oder Berufsschule, das erweiterte Schuljahr zugesprochen werden soll, noch keineswegs geklärt. Jede der beiden Schulgattungen nimmt mit guten Gründen das weitere Schuljahr für sich in Anspruch. Ohne Zweifel wird die Durchführung der erweiterten Schulpflicht als dauernde Einrichtung eine weittragende Reorganisation des gesamten öffentlichen Schulwesens zur Folge haben. Auch in England ist es nicht einfach bei der Einführung eines neuen Schuljahres geblieben. Die in England gefundene Lösung bedeutet vielmehr eine gründliche und umfassende Schulreform. Daher hält es der Bundesvorstand für empfehlenswert, daß sich die Schulbehörden, die Vertreter der Lehrerschaft der beiden Schulgattungen, mit den Vertretern der Wirtschaft über den Lehrplan und über die organisatorische Eingliederung verständigen. Die Gewerkschaften betonen sich grundsätzlich gegen eine Erweiterung der Schulpflicht. Sobald die wirtschaftliche Lage sich bessert, muß diese große Reform in Angriff genommen werden. Bis zu diesem Zeitpunkt bleibt es die Aufgabe, weitere Kreise für diesen Gedanken zu gewinnen, vor allem aber die Lehrerschaft immer wieder auf die große Bedeutung dieses Reformplanes hinzuweisen.

Die vom Bundesvorstand vorgelegte Entschließung wurde einstimmig angenommen. Sie hat folgenden Wortlaut:

„Die Verlängerung der Schulpflicht ist aus gesundheitlichen, jugendpsychologischen und sozialpädagogischen Gründen eine unumgängliche Notwendigkeit. Die Gewerkschaften sind bereits fröhlich grundförmig für die Verlängerung der Schulpflicht eingetreten. An dieser Auffassung halten sie fest.

Die Verlängerung der Schulpflicht bedeutet erweiterten Jugendschutz, da der ganztägige Schulbesuch den Eintritt in ein Arbeitsverhältnis um ein volles Jahr hinausdrückt. Diese längere Fernhaltung von der Erwerbstätigkeit schafft Raum, den Jugendlichen körperlich zu kräftigen, und läßt ihm Zeit, geistig zu reifen. Er wird dann seine Berufswahl mit größerer Sicherheit treffen können. Von einer Verlängerung der Schulpflicht ist überdies eine Hebung der geistigen Ausbildung und charakterlichen Erziehung unseres Volkes zu erwarten.

Die Verlängerung der Schulpflicht hat gleichmäßig für alle Jugendlichen zu gelten. Für die betroffenen Familien ist eine Sonderfürsorge in ausreichendem Maße unerlässlich.

Gegen den Vorschlag, die Verlängerung der Schulpflicht auf zwei Jahre zu beschränken und nur für die Volksschüler in den Städten einzuführen, sind große Bedenken zu erheben. Dieses Vorhaben wäre geeignet, den Grundsatz der allgemeinen Schulpflicht zu gefährden.

Die Erweiterung der Schulpflicht ist für die Reorganisation des gesamten öffentlichen Schulwesens von weittragender Bedeutung. Die erweiterte Schulpflicht darf weder in einer einfachen Verlängerung des Elementarunterrichts (Volksschule) bestehen, noch darf sie (durch Besuch spezieller Berufsschulen) zu einer vorzeitigen Berufsentcheidung führen. Ueber Lehrplangestaltung und organisatorische Eingliederung sollten sich die Behörden, die Vertreter der Lehrerschaft der Volks- und Berufsschulen mit Vertretern der Wirtschaft verständigen.

Bereinigungen zwischen dem Gesamtverband und dem AFA-Bund.

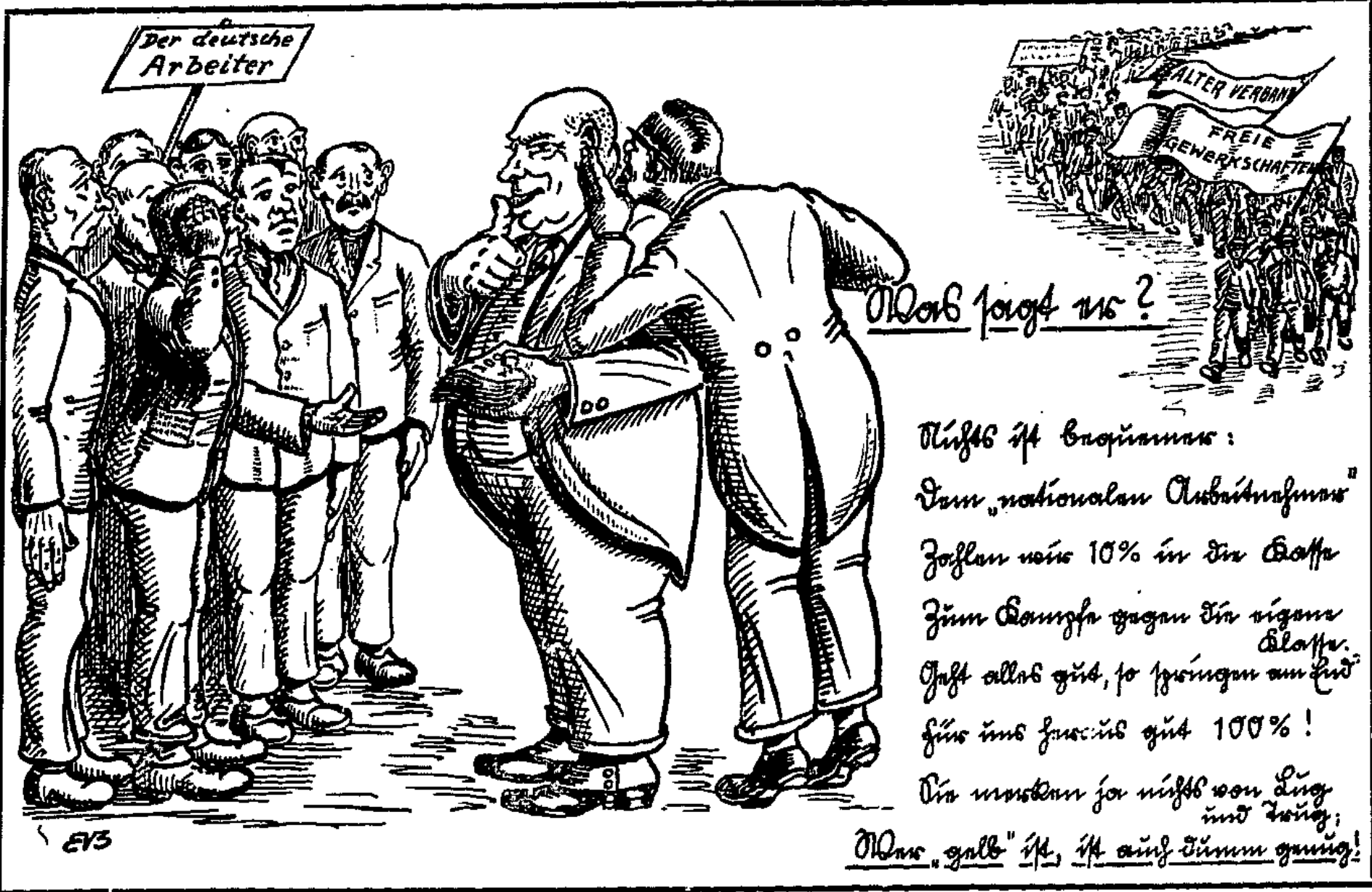
Leipziger berichtete, daß der Vorstand des Gesamtverbandes beabsichtigt, und zwar auf Grund eines Abkommens mit drei AFA-Verbänden, für seine Angestelltenmitglieder Beiträge an den Vorstand des AFA-Bundes statt wie bisher an den des DGB zu zahlen. Der AFA-Bund und seine Unterorgane übernehmen dafür die Bahrung der besonderen Angestellteninteressen der im Gesamtverband organisierten Angestelltengruppen. Da diese Regelung vom Organisationsvertrag zwischen AFA-Bund und DGB abweicht, so sollte der Bundesausschuß des DGB auf Antrag des Gesamtverbandes seine Zustimmung zur Zahlung der Beiträge an den AFA-Bund geben.

In der Aussprache stellte sich heraus, daß in verschiedenen Gewerkschaften des DGB ebenfalls nennenswerte Gruppen von Angestelltenmitgliedern vorhanden sind, für die der Anschluß an den AFA-Bund bzw. die Zahlung von Beiträgen an diesen in Betracht kämen. Diese Entwicklung hat sich vielfach aus der Aenderung des Berufszeichnisses der Angestelltenversicherung und durch Heraushebung im eigenen Beruf ergeben.

Da die Zahl der Mitglieder, die für diese Ueberführung an den AFA-Bund in Betracht kommen, nicht annähernd feststeht, beschloß der Bundesausschuß, daß die Vorstände der Verbände entsprechende Feststellungen treffen und etwaige Anträge für den Anschluß dieser Angestelltengruppen an den AFA-Bund dem Vorstand des DGB unterbreiten sollten. Dann wird in der nächsten Sitzung des Bundesausschusses darüber entschieden werden können.

Eine besondere Kerzreorganisation ist von der Section Gesundheitswesen im Gesamtverband vorbereitet, die vornehmlich die angestellten Kerze umfaßt. Der Plan geht dahin, auch die freien Kerze in den freien Gewerkschaften zu organisieren. Der Vorstand des AFA-Bundes ist bereit, gemeinsam mit dem Gesamtverband eine besondere Organisation zu bilden, in der alle Kerze erfasst werden.

Der Bundesausschuß beschloß daher, beide Organisationen mit der Ausarbeitung eines Planes zu beauftragen, über den die kommende Sitzung des Bundesausschusses beschließen soll.



Was folgt uns?
Nichts ist besser als:
Den „nationalen Arbeiterbund“
Zahlen wir 10% in der Baffe
Zum Kampf gegen die eigene
Baffe.
Ist alles gut, so bringen wir
für uns für uns gut 100%!
Wir werden ja nicht von uns
und uns;
Nur „gelb“ ist, ist auf dem Wege!

„Der Deutsche Arbeiter“

Vom Bergbaulichen Verein gegründet und monatlich geldlich unterstützt.

Die Gewerkschaften, vor allem die freien, bereiten den Arbeitgebern sehr viele Kopfschmerzen, deshalb sollen sie beseitigt werden. Schon 1923 glaubten die Herren Unternehmer, mit Hilfe der Inflation die Gewerkschaften zertrümmern zu können. Es gelang ihnen nicht! Es wurden andere Wege gesucht, und zwar verfiel man auf den Trick, einen Verband zu gründen, welcher „Der Deutsche Arbeiter“ betitelt wurde. Man hegte die Hoffnung, daß die Bergarbeiter sich in diesem Verbande organisieren würden und damit dann selbstverständlich die so genannten freien Gewerkschaften als erledigt betrachtet werden könnten. Mit sehr viel Geschrei und großer Aufmachung wurde agitiert, auch hier wiederum hauptsächlich innerhalb der Bergarbeiterchaft, weil man glaubte, daß es im Bergbauberuf leichter als in anderen Berufen sei, diese Organisation hochzupöppeln.

Daß die Agitation in einer derartig großen Aufmachung betrieben werden konnte, ist selbstverständlich, weil ja genügend Geldmittel zur Verfügung standen. Die Nazis scheinen sich in dieser Gesellschaft wohlzufühlen, was ja nicht zu verwundern ist. In Versammlungen betannten sie sich als treue Anhänger und Verehrer dieser Organisation. Es wird deshalb alle Bergarbeiter und vor allem die Mitglieder des „Deutschen Arbeiter“ interessieren, wie der Verband nationaler Arbeitnehmer Deutschlands („Der Deutsche Arbeiter“) zustande gekommen ist und unterhalten wird.

Der „Deutsche Arbeiter“ (Verband nationaler Arbeitnehmer Deutschlands) ist ein vom Bergbaulichen Verein gegründeter und finanziell unterstützter Verband! Die vom „Deutschen Arbeiter“ sozial bekämpften und beschimpften freien Gewerkschaften können hierfür den Beweis antreten.

In einer Beleidigungsklage gegen zwei Funktionäre des Bergbauindustriearbeiterverbandes stand am 26. November vor dem Schöffengericht in Essen Termin an. Die beiden Funktionäre hatten in einer Versammlung des „Deutschen Arbeiter“ behauptet, daß die Organisation gelb sei und von Unternehmern unterstützt würde. Darob groß Geschrei und Anzeige gegen beide Funktionäre. Die angebrochte Abrechnung mit den Beleidigern und der Nachweis, daß der „Deutsche Arbeiter“ mit den Unternehmern nichts zu tun hätte und auch finanziell nicht von diesen unterstützt würde, sollte in dem Termin am 26. November d. J. erfolgen. Aber es kam anders. Am Abend vor dem Termin zogen die Kläger, die Bezirksleiter des „Deutschen Arbeiter“,

Alwe und Raguschat, die Klage zurück. Und warum zogen sie die Klage zurück? Weil beantragt worden war, Herrn Dr. Holtzner vom Bergbaulichen Verein, den von der Stadt Essen beurlaubten Studienrat Dr. Redden und den Vorsitzenden des „Deutschen Arbeiter“, Herrn Quindt, als Zeugen darüber zu vernehmen, inwieweit vom Zechenverband bzw. Bergbaulichen Verein der Organisation „Der Deutsche Arbeiter“ indirekt Mittel zugeflossen sind.

Der „Deutsche Arbeiter“ glaubt, mit der Zurückziehung der Klage und dem Nichtvernehmenlassen der Zeugen der Beantwortung der Frage, ob Gelder von den Unternehmern zur Verfügung gestellt werden, auszuweichen. Es wird daher festgestellt, daß die Behauptung, der Zechenverband sei indirekt Mitgründer des „Deutschen Arbeiter“ und lieferte monatlich einige tausend Mark Zuschüsse zur Bezahlung von Drucksachen, Zeitungen, Gehältern usw., unter Beweis gestellt wird.

Weshalb bezahlt wohl der Zechenverband für diese Organisation Zuschüsse? Etwa deshalb, damit er bekämpft wird oder weil dieser Verband die Interessen der Arbeitnehmer wahrnehmen soll? Nein, er bezahlt sie deshalb, weil er weiß, daß diese Gelder für ihn Wertzeug bedeuten, vor allem im Kampf gegen die freien Gewerkschaften, denn daß der „Deutsche Arbeiter“ gelb ist, wird nun, nachdem festgestellt, daß er mit Unternehmern Geldern ausgehalten wird, nicht mehr bestritten werden können. Wieviel Gelder mögen die deutschen Arbeitgeber aufwenden zur Erhaltung und Züchtung dieser gelben Sumpfpflanzen? Und dies alles trotz der schlechten Zeiten!

Die Leute um Quindt herum nennen sich Arbeitervertreter. Arbeitervertreter, ausgehalten von Unternehmern! Pfui Teufel!

Kameraden, nun wißt ihr, was das für Subjekte sind! Wehrt euch gegen sie! Stärkt die alten Verbände! Stärkt die freien Gewerkschaften, denn diese werden auf's schärfste vom Unternehmertum und dessen Hilfstruppen angegriffen und bekämpft. Sie werden deshalb lo gehaßt und sollen beseitigt werden, weil sie die Willkürherrschaft der Unternehmer in den Betrieben gebrochen haben. Die Interessenvertretung der deutschen Bergarbeiter durch den Bergbauindustriearbeiterverband sollte durch die Gründung des „Deutschen Arbeiter“ zunichte gemacht werden.

Als Antwort der Bergarbeiter an die Unternehmer gilt: Nun erst recht werde ich Mitglied des Verbandes der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands!

Eine „mächtige“ revolutionäre Gewerkschaftsbewegung.

Eine solche Bewegung ist nach kommunistischer Behauptung durch den Berliner Metallarbeiterkampf und den Kongreß der RGD. (Rote Gewerkschaftsopposition) vom 15. und 16. November in Berlin in die Wege geleitet. Diese Zahl, hinter die man natürlich ein großes Fragezeichen setzen darf, bleibt weit unter 10 Prozent der beschäftigten Arbeiter, hat also praktisch gar keine Bedeutung.

Der Berliner Metallarbeiterstreik wäre anders ausgelaufen, wenn durch die kommunistische Spaltungsarbeit nicht seit Jahren die Berliner Gewerkschaftsbewegung systematisch geschwächt worden wäre. Die Zahl der organisierten Metallarbeiter in Berlin war viel zu gering, um einen Streik von langer Dauer mit Erfolg führen zu können. Der Feldzug der RPD. zur Ausbreitung der RGD., um ihr Parteiführer zu sichern, muß, wenn er nur teilweise gelingt, notwendigerweise zu weiterer Schwächung der Gewerkschaften führen in einer Zeit, in der höchste Einigkeit und Geschlossenheit notwendig ist!

Ueber die Bedeutung des Berliner Metallarbeiterkampfes und des Schiedsvertrages ist hier kein Wort mehr zu verlieren. Metallarbeiter und DGB. haben sich in schärfster Weise gegen den Schiedspruch ausgesprochen. Eine stärkere Organisation hätte aber den Streik wirksamer gestalten und einen anderen Schiedspruch erzielen können. Daß dies nicht möglich war, ist in erster Linie Schuld der kommunistischen Gewerkschaftszersplitterung!

Jetzt geht die RPD. an den Ausbau der RGD. im ganzen Reich und in allen Berufen. Den Kern der RGD. sollen die Ausgeschlossenen und Unorganisierten bilden, von denen die RGD. 30 Pf. Wochenbeitrag nimmt. Frauen und Kurzarbeiter zahlen 20 Pf., Erwerbslose und Lehrlinge 5 Pf., Organi-

sierte in „reformistischen“ Verbänden 10 Pf. pro Woche.

Es liegt auf der Hand, daß ein solches Gebilde nur das Zerrbild einer Gewerkschaftsorganisation und nie imstande ist, wirksam die Interessen der werktätigen Bevölkerung zu vertreten. Zweck und Ziel dieser Bewegung ist nur, die „revolutionäre“ Arbeit der RPD. zu unterstützen, eng gebunden an die Parolen, die Moskau gibt. Dahlem sagte in seinem Referat auf dem Kongreß der RGD. in Berlin, daß die RGD. „zu einer mächtigen, straff organisierten gewerkschaftlichen Massenorganisation ausgebaut werden muß... Der Rote Metallarbeiterverband in Berlin zeigt den Weg, auf den die RGD. in der Entwicklung zusteuert... Wir müssen die RGD. mit aller Energie ausbauen. Wir müssen aber gleichzeitig unsere Arbeit in den reformistischen Gewerkschaften vervielfachen.“

Die Schaffung von Betriebsgruppen der RGD. wurde auf dem Kongreß als eine Lebensfrage für die „revolutionäre“ Gewerkschaftsopposition gezeigt. Alle Arbeiter jeder Richtung sollen in diese Gruppen aufgenommen werden, wenn sie nur gewillt sind, gegen Unternehmern und gegen den sozial-faschistischen Gewerkschaftsapparat zu kämpfen“. Mit Frauen-, Jugend- und Erwerbslosengruppen sollen die Betriebsgruppen enge Fühlung herstellen. Alle Anhänger der RGD. erhalten in den Betrieben eine Mitgliedskarte ihrer Industriegruppe. Die ausführenden Organe der Industriegruppe sind: die Betriebsgruppe der RGD., die Erwerbslosengruppe der RGD., die gewerkschaftlichen Fraktionen in den verschiedenen Gewerkschaften und die roten Verbände.

„Es ist selbstverständlich, daß die roten Verbände als Teil der revolutionären Gewerkschaftsbewegung den Beschlüssen der

leitenden RGD-Organen und im örtlichen Maßstab der RGD-Industriegruppe unterstehen."

Die Sachlage ist nach diesem Kongress völlig klar: Die RPD zieht eigene „revolutionäre“ Gewerkschaften auf, deren Kern ausgeschlossene und unorganisierte bilden. Frauen, Erwerbslose, Jugendliche und Mitglieder der freien Gewerkschaften sollen in weitem Ausmaß erfasst werden. Aufgabe der RGD ist: systematischer Kampf gegen die freien Gewerkschaften, um diese im geeigneten Augenblick zu zerstückeln und eigene kommunistische Gewerkschaften aufzuziehen zu können.

Die Mitglieder der freien Gewerkschaften, die oppositionell eingestellt sind, werden sich selbst jagen müssen, daß die Gewerkschaften sich eine solche Feindesarbeit von eigenen Mitgliedern nicht gefallen lassen können. Wenn Mitglieder sich trotzdem dafür entscheiden, neben der Mitgliedschaft in freien Gewerkschaften auch die Mitgliedschaft in dieser feindlichen Organisation zu erwerben, so müssen sie mit ihrem Ausschluss aus der freien Gewerkschaft rechnen.

Der Fünfjahresplan in Rußland.

Stalins Generallinie. — Ein phantastisches Experiment. — Moderne Sklaven beim modernen Pyramidenbau.

Von Zeit zu Zeit kursieren wilde Gerüchte über oppositionelle Verschwörungen in Rußland, besonders in Moskau, über Meutereien innerhalb der roten Armee, über Straßenkämpfe und Aufstände, über Verhaftungen von Generalen und hohen Beamten, sogar über Worbandschläge gegen Stalin. Diese Gerüchte entbehren größtenteils jeder Grundlage und stammen fast immer aus russischen weigardistischen Emigrantenkreisen, in denen der Wunsch der Vater des Gedankens ist und die nichts heißer ersehnen als den Sturz der kommunistischen Staatsmacht mit der Wiederherstellung der alten reaktionären „Ordnung“. Vorläufig müssen sie sich mit den gegebenen Verhältnissen abfinden, denn die Kommunisten sitzen noch fest im politischen Sattel, wohingegen sie aus dem wirtschaftlichen immer tiefer abrutschen.

Die russische Volkswirtschaft ist die Arena, in der um Stalins sogenannte Generallinie die wütendsten Kämpfe ausgefochten werden. Auf dieser Generallinie fußt der bekannte Fünfjahresplan, ein im voraus festgelegtes Wirtschaftsprogramm, wonach in dem Jahrzehnt 1928-29/32-33 aus Industrie und Landwirtschaft die höchstmögliche Produktionsleistung herausgeholt, so der Warenbedarf der gesamten Bevölkerung gedeckt und letztlich das ganze Land von ausländischer Warenzufuhr unabhängig gemacht werden soll. Auf dem Papier nimmt sich dieser Fünfjahresplan sehr gut aus, in der Praxis stößt er aber auf kaum überwindbare Schwierigkeiten. Das anbeobachtete Tempo, das in äußerster Anspannung der Arbeitskraft ausgeartet ist, konnte bislang auf fast keinem Gebiet eingehalten werden. Um trotzdem das Tempo zu erreichen und die Arbeiter zur intensiven Arbeit zu zwingen, hat der Oberste Wirtschaftsrat nicht nur die Freizügigkeit der Arbeiter völlig aufgehoben, sondern auch die Arbeitslosenunterstützung abgeschafft. Außerdem kann der arbeitslose Arbeiter bestraft oder zwangsweise zu jeder Arbeit auch in andere Bezirke verschickt werden, der sich weigert, eine ihm vom Arbeitsamt nachgewiesene Arbeit auszuführen. Wenn er mutwillig seinen Arbeitsplatz verläßt oder gegen die Arbeitsordnung verstößt, wird er einem Fabrikantenflüchtigen gleichgesetzt und als solcher bestraft. Dadurch soll insbesondere die infolge des bedrohlichen Lebensmittelmangels verursachte Massenflucht der Industriearbeiter aufs Land unterbunden werden. Die zwei die Arbeiterklasse äußerst empfindlich schädigenden Gesetze gegen die Freizügigkeit und die Arbeitslosenunterstützung werden jedoch von den deutschen Kommunisten schamhaft verschwiegen. Sie haben allen Grund dazu.

Unter Trotski war der Bauer noch Herr seiner Scholle. Er durfte sein Viehgehege selbst bewirtschaften, wurde aber mit Steuern dermaßen ausgepumpt, daß ihm bald die Puste ausging. Das nannte man Kampf gegen den Kulak, d. h. den wohlhabenderen Bauer. Der Kulak mußte die Kosten der gewalttätig forcierten Industrialisierung aufbringen. Sein Geld wurde den Fabriken für landwirtschaftliche Maschinen, den Bergwerken, den metallverarbeitenden Werken, der Energieversorgung zugeleitet. Als dieses einfache Verfahren nicht die gewünschten Erfolge brachte, wurde die Kollektivwirtschaft anbefohlen, d. h. die Bauernhöfe einer Gemeinde wurden zwangsweise zusammengelassen und als Wirtschaftseinheit von den Einwohnern einschließlich der früheren Hofbesitzer gemeinsam bewirtschaftet. Auf diese Weise wurden bisher nach Angaben des Reichspräsidenten Kallinin 42 Millionen Hektar landwirtschaftlichen Besitzums kollektiviert. Mit der Einführung der Kollektive ergab sich aber die äußerst unangenehme Schwierigkeit, daß der Staat dieser Wirtschaftsform mit gewaltigen Subsidien auf die Beine helfen mußte, weil die kollektive (gemeinsame) Bewirtschaftung noch lange nicht die Erträge einbrachte wie vormals die individuelle (einzelpersonliche). Während nämlich im ersten Jahre des Fünfjahresplans den Bauern noch drei Milliarden Rubel weggesteuert und der Industrie zugeleitet werden konnten, erforderte die Kollektive im zweiten Jahre schon zwei Milliarden Rubel staatlicher Zubuße. Das war allerdings ein zu großes Loch in Stalins Rechnung. Womit sollte nun dieses Loch zugestopft werden, da vom Bauer nichts mehr zu holen war? Mit welchen Mitteln sollte nunmehr der Wirtschaftspläne fortgeführt werden? Inflation und Dumping sollten Rettung bringen. Für den Ausbau der Industrie wurde eine innere Anleihe aufgelegt, die gewaltige Mittel erbringen sollte. Im ganzen Lande, überall, bei jeder Gelegenheit, im Laden, in Fabrik und Werkstatt, im Klub und in Versammlung, bei jeder Lohnzahlung wird die Werbetrommel für die Anleihe gerührt. Da die erforderlichen Milliarden noch lange nicht überzeichnet sind, wurde die Notenpresse in Bewegung gesetzt. Allein im letzten Jahre wurde der Notenumlauf um 50% vermehrt. Infolgedessen herrscht gegenwärtig eine so bedrohliche Aufblähung der Währung, daß die Warenpreise fortwährend steigen und in demselben Maße die Kaufkraft des Lohnes sinkt. Daher die Ernährungschwierigkeiten, daher auch die wirtschaftlichen Explosionen im Lande, die durch militärische und polizeiliche Strafexpeditionen gegen die „begeisterten Massen“ erstickt werden!

Um nun einen Sündenbock für den Mißerfolg des Fünfjahresplans zu haben, verfiel man auf eine grandiose Idee: die Spezialisten, d. h. die Techniker und Ingenieure sind daran schuld! Aus Tausenden sichte man einige heraus, denen man dann den Prozeß machte mit der Anklage, eine sogenannte Industriepartei gegründet zu haben, die die Aufgabe hatte, den Fünfjahresplan mit Unterstützung auswärtiger Regierungen und

Es ist ein Jammer und eine Schande, daß die Arbeit der freien Gewerkschaften in dieser Art und Weise gestört wird und sie selbst zerstört werden sollen. Wie anders stände es um die deutsche Arbeiterbewegung, wenn diese Gewerkschaftszerstörung nicht seit Jahren ihre Organe gefeiert hätte! Wieviel machtvoller, wieviel erfolgreicher wäre die deutsche Gewerkschaftsbewegung! Die Zerstörungsarbeit wird aber selbst in dieser trostlosen Zeit der Krise nicht gelingen, weder den Kommunisten, noch den Neuarbeitern zu einer Organisation zusammenzuschließen. Gelben, noch den Nazis. Man kann vor allen Dingen nicht weisensfremde russische Doktrinen in Deutschland auf die Dauer praktisch gestalten. Dies Bestreben wird um so weniger Erfolg haben, als die Mitglieder der freien Gewerkschaften, die wissen, was die Gewerkschaft bedeutet, den Zerstörern nicht auf die Finger sehen, ihre Arbeit in Betrieb und Ortsverwaltung überwachen und sie gegebenenfalls aus ihren Reihen entfernen werden!

der aus Rußland geflüchteten Kapitalisten zu sabotieren und so durch wirtschaftliche Schwierigkeiten die Sowjetmacht zu stürzen. An diesen Angeklagten mühte jeder Staatsanwalt die heißste Freude haben, denn in stundenlangen wohlgeleiteten Reden vor dem im Gerichtssaal aufgestellten Mikrophon schmetterten die angeklagten Ingenieure ihre Selbstbezüglichungen und Schuldbekennnisse ins Land, um so im entferntesten Winkel das murrnde Volk zu überzeugen, wer eigentlich das wirtschaftliche Elend verschuldet hat. Der gewollte Zweck wurde solcherart erreicht: ein heilloser Spektakel gegen die gefändigen Angeklagten hub an, die Empörung wurde auf die mit dem kapitalistischen Ausland verbündeten, zum Tode verurteilten und dann begnadigten Schädlinge abgelenkt.

Wie schon erwähnt, ist das Dumping ein weiteres Mittel zur Finanzierung des Fünfjahresplans. Rußland braucht Geld,

viel Geld. Da seine Währung an Wasser sucht leidet, geht es ins Ausland auf die Geldsuche. Dort kann es keine Anleihe unterbringen, es bekommt höchstens kurzfristige Warenkredite, darum verkauft es dort seine Erzeugnisse unter Weltmarktpreisen. Gummischuhe, Leim, Korn, Pinoleum, Holz, Baumwollprodukte, Erdöl, Zündhölzer und andere Erzeugnisse der Sowjetunion sind schon in fast alle Länder eingedrungen. Sie werden gekauft, eben weil sie bedeutend billiger sind. Wieso kann aber Rußlands Industrie mit solch niedrigen Preisen gegen die Weltmarktpreise anrennen? Der Abgang auf dem Weltmarkt bringt der russischen Industrie keinen Gewinn, denn eben um diesen Gewinn, der die Spanne zwischen Selbstkosten und Verkaufspreisen einnimmt, ist ihre Ware billiger. Das aber kann nicht als Erklärung der Billigkeit gelten. Vielmehr muß hier als einzig gültige Erklärung die Tatsache herausgestellt werden, daß die sowjetische russische Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft schlechterdings nicht mehr zu überbieten ist. Für einen Jammerlohn schuftet der russische Arbeiter und Bauer, die Früchte seiner Arbeit wandern ins kapitalistische Ausland zur Anschaffung kostspieliger Maschinen und Fabrikanlagen, zur Bezahlung ausländischer Ingenieure und qualifizierter Facharbeiter, an denen in Rußland ein gewaltiger Mangel ist und die gut bezahlt werden müssen, wenn sie der russischen Wirtschaft nicht wieder den Rücken kehren sollen.

So ist also das Elend, die Ausbeutung der heutigen Generation die Grundlage des Fünfjahresplans. Die heute lebende Bevölkerung soll geopfert werden, damit etwa spätere Geschlechter glücklicher, ohne materielle Sorgen leben können. Deshalb auch muß der fünfjährige Wirtschaftsplan restlos durchgeführt werden, koste es was es wolle! Deshalb auch müssen die industriellen Giganten, die gewaltigen Fabriken, die Kraftwerke zur Elektrifizierung des riesigen Reiches, die Kollektivwirtschaften ihre leistungsfähige Leistung hergeben! Wie einst die Sklaven beim Pyramidenbau, so müssen heute die russischen Arbeiter, mit modernen Mitteln angetrieben, die Pyramiden des Fünfjahresplans aus dem Boden stampfen. Wird der Plan gelingen? Wir wünschen es, wenn auch dies Gelingen mit der Aufhebung der Freizügigkeit, mit der Beseitigung der Arbeitslosenunterstützung und anderer Errungenschaften der Revolution verbunden ist. Wenn nämlich das phantastische Experiment des Fünfjahresplans gelingt, dann wird es eine unerschöpfliche Fundgrube für alle Wirtschaftler und Techniker sein. Victor Kalinowski.

Unerhörter Schiedspruch im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau.

Nach zweitägiger Verhandlung fällt unter dem Vorsitz des mitteldeutschen Schlichters Dr. Hauschild die Schlichterkammer am 16. Dezember mit den Stimmen der Arbeitgeber einen Schiedspruch, der die jetzige Arbeitszeit im Braunkohlenbergbau über den 1. Januar 1931 hinaus bis zum 31. August 1931 wieder in Kraft setzt! Sie kann erstmalig gekündigt werden mit einer sechswoöchigen Kündigungsfrist zum 31. August 1931. Die Erklärungsfrist für die Parteien lief am 22. Dezember ab.

Dieser Schiedspruch wird von den Braunkohlenarbeitern als ein Schlag ins Gesicht empfunden werden. Er ist für die Öffentlichkeit im mitteldeutschen Wirtschaftsgebiet einfach unverstänlich. Einem Industriezweig wie dem Braunkohlenbergbau, der eine glänzende Entwicklung in den letzten Jahren durchgemacht hat, der Millionengewinne einheimste, ist es vorbehalten geblieben, die längste Schichtzeit im deutschen Bergbau beibehalten zu können. Angefichts der vier Millionen arbeitsloser Menschen glauben der Schlichter und auch die Unternehmer eine Auffassung aufrechterhalten zu können, die unseres Erachtens zur Behebung der ungeheuren Arbeitslosigkeit völlig falsch ist. Von einem Schlichter, der sich dazu hergibt, in einem Industriezweig, dem es objektiv und unabweisbar finanziell und wirtschaftlich gut geht, den Arbeitern eine solch unwürdige lange Arbeitszeit aufzubürden, kann man nicht annehmen, daß er auch nur das geringste Verständnis für die soziale Lage dieser Arbeiterschaft aufbringt.

In der am 21. Dezember abgehaltenen Funktionärskonferenz im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau gab der Bezirksleiter Reddiga u. Bericht über die stattgefundenen Verhandlungen. Er führte u. a. aus, daß die Gewerkschaften das Mehrarbeitsabkommen gekündigt hätten, weil sie der Auffassung sind, daß unter den heutigen wirtschaftlichen und arbeitsmarktpolitischen Verhältnissen die jetzige Dauer der Arbeitszeit unerträglich ist. Mit der Kündigung des Manteltarifvertrages durch die Unternehmer beabsichtigen letztere nur mehr Streitpunkte zu schaffen, um die in Frage kommenden Stellen für ihre Wünsche gefügiger zu machen. In den Parteienverhandlungen war von Unternehmenseite auf unsere Forderung, die tarifliche Arbeitszeit einzuführen, nur das glatte „Nein“ zu hören. Als Ablehnungsgründe führten die Unternehmer den Abgang dieses Jahres sowie die von der Regierungseite befeuerte Preisermäßigung für Braunkohlenprodukte an.

Auch in früheren Jahren hatten wir in den Sommer- und Herbstmonaten größere Stapelbestände, die bei Eintreten kälterer Witterung schnell geräumt werden konnten. Trotz des gesunkenen Abganges konnten die Unternehmer in den Verhandlungen nicht bestreiten, daß die Förderung je Mann und Schicht nicht gelunken, sondern teilweise weiter gestiegen ist. Das Lohnkonto wurde ebenfalls infolge der maschinellen Betriebsführung gesenkt. Die Gewerkschaften haben bei den Schlichtungsverhandlungen alles versucht, um eine Verständigung mit den Unternehmern zu erzielen. Letztere blieben aber auch bei den Schlichtungsverhandlungen auf ihrem ablehnenden Standpunkt bestehen.

Nicht zu verstehen ist es, daß der Schlichter, der in den zweitägigen Verhandlungen die Gründe und Argumente der Gewerkschaften kennengelernt hat und die Unwidertretbarkeit durch die Unternehmer feststellen mußte, einen Schiedspruch fällt, der die jetzige Arbeitszeit bis zum Herbst 1931 beibehält. Dieser Schiedspruch hat in der Öffentlichkeit Mitteldeutschlands berechtigten Unwillen hervorgerufen. Wirtschaftlich und arbeitsmarktpolitisch gesehen, ist die Beibehaltung der 9 1/2 stündigen Schichtzeit ein glatter Unsinn. Da der Schiedspruch den berechtigten Wünschen der Arbeiter nicht im geringsten entspricht, lehnen wir denselben ab und erwarten, daß eine Verbindlichklärung des standalösen Schiedspruches nicht erfolgt.

Ueber den Manteltarifvertrag ist vor dem Schlichter noch nicht verhandelt worden und ist damit zu rechnen, daß derselbe bis zum 1. Januar noch nicht neu abgeschlossen ist. Es geht deshalb, alles daran zu setzen, um die Belegschaften im Braunkohlenbergbau über diese Streitfrage aufzuklären und sie aufzufordern, gerüstet zu sein, um eventuell Verschlechterungsabsichten der Bestimmungen des Manteltarifvertrages durch die Unternehmer zu verhindern. Am Schluß der Konferenz wurde nachfolgende Entschliebung einstimmig angenommen:

„Die am 21. Dezember 1930 in Halle von mehr als 500 Funktionären behandelte Konferenz der am Tarifvertrag für den

Braunkohlenbergbau beteiligten Gewerkschaften nahm mit Entschiedenheit Kenntnis von dem Mehrarbeitszeit-Schiedspruch im Braunkohlenbergbau. Der Schiedspruch, der die Wünsche der Unternehmer zu 100 Prozent erfüllt, läßt die wirtschafts- und arbeitsmarktpolitische Lage völlig unberücksichtigt und bürdet der Arbeiterschaft eine Arbeitszeit auf, die unter Hinweis auf die allgemeinen Verhältnisse als standalös zu bezeichnen ist. Obwohl nicht eine einzige der Voraussetzungen mehr zutrifft, unter denen seinerzeit das Mehrarbeitsabkommen den Belegschaften im mitteldeutschen Bergbau aufgezogen wurde, sollen diese die jetzige überlange Arbeitszeit weiter fortsetzen. Die Konferenz lehnt den Schiedspruch mit aller Entschiedenheit ab und erwartet, daß der Reichsarbeitsminister einem eventuellen Antrage der Unternehmer auf Verbindlichklärung nicht entspricht.

Von den Belegschaften erwartet die Konferenz höchste Aktivität, zumal neben der Arbeitszeit noch eine ganze Anzahl weiterer Streitpunkte im Manteltarifvertrag bestehen. Die gewerkschaftlichen Organisationen werden aufgefordert, im geeigneten Augenblick die Delegierten der Belegschaften zu erneuter Beibehaltung zurückzuberufen.“

Funktionärskonferenz in Mansfeld.

Am 14. Dezember fand in Helbra eine von 180 Funktionären der am Tarifvertrag beteiligten Gewerkschaften behandelte Konferenz statt, die sich mit dem Abschluß des Mansfelder Lohnkonfliktes befaßte. Bezirksleiter Reddiga u. führte in seinem Bericht aus, daß sich die Verhandlungen zwischen der Mansfeld AG. und der Reichsregierung äußerst schwierig gestaltet hätten. Das vorliegende Ergebnis sei das Produkt einer achtstündigen Auseinandersetzung und befriedige uns durchaus nicht. Gemessen an den Lohnabbauwünschen der Unternehmer, müsse aber ein objektiver Beurteiler zugeben, daß es den Gewerkschaften gelungen sei, wesentliche Abstriche von dem Programm der Unternehmer zu erzielen. Die Mansfeld AG., die bekanntlich einen siebenprozentigen Lohnabzug haben wollte, blieb auf diesem Standpunkt bis zuletzt bestehen. Ebenso erklärten die Gewerkschaftsvertreter, daß an einem solchen Abzug der Mansfelder Arbeiter nicht zu denken sei. Auf einen Vorschlag des unparteiischen Vorsitzenden, die Löhne um 20 Pf. in der Spitze zu senken, antwortete die Mansfeld AG. mit einer Gegenforderung, die Arbeitszeit in einer Schicht auf den Schichten um eine halbe Stunde zu verlängern, die Sonntagsarbeiten statt mit 50, nur mit 25 Prozent zu bezahlen, die Einrechnung der Soziallöhne bei den Arbeitern, die den Lohn von 5 M. erhielten, sowie eine Anrechnung der Renten bei diesen Arbeitern. Auch dieser Vorschlag der Verwaltung wurde von den Gewerkschaften mit aller Entschiedenheit zurückgewiesen.

Die Arbeitervertreter haben sich bei den Verhandlungen von den Grundfragen leiten lassen, für die Mansfelder Arbeiterschaft das Günstigste herauszuholen. Daß die Verhältnisse nicht rosig sind, ist allgemein bekannt. Die getroffene Vereinbarung war deshalb das äußerste, was von der Gegenseite sowohl wie von den Regierungsstellen zu erreichen war.

Wenn in letzter Zeit der „Klassenkampf“ und die RGD sich in „revolutionären“ Phrasen überschlagen, dann sind diese Leute nur zu bedauern. Die Streikparade, die die RGD. jetzt in Mansfeld propagierte, ist derart unnützig, daß jeder vernünftig denkende Arbeiter mit Kopfschütteln darüber hinweggeht. Uns als Gewerkschaftler kann und darf dieses hysterische Verhalten nicht beeinflussen. Wir haben den für uns richtig befundenen Weg weiterzugehen, von der Mansfelder Arbeiterschaft in ihrer schweren Existenz beizustehen. Erfordernis bleibt auch heute wie bisher, die Gewerkschaften geschlossen zu erhalten, um bei besseren Zeiten das heute Eingebüßte wieder zu erringen.

Nach einer sachlichen Aussprache nahm die Konferenz nachfolgende Entschliebung einstimmig an:

„Die am Sonntag, dem 14. Dezember 1930, in Helbra tagende Konferenz aller Tariforganisationen für den Mansfelder Kupferbergbau spricht den Gewerkschaften für ihre Tätigkeit das Vertrauen aus. Groß sind die Opfer, die die Arbeiterschaft auf sich genommen hat. Die Konferenz erwartet, daß nun endlich auch durch einen künftigen Preisabbau eine Erleichterung der Lebensmöglichkeiten der Arbeiter eintritt. Sie gelobt, durch Stärkung der Gewerkschaften die Voraussetzungen zu schaffen, um bei Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse die jetzt gebrachten Opfer wieder zu befähigen und für eine günstigere Gestaltung der Lohnverhältnisse zu kämpfen.“

Kameraden!

Wir machen darauf aufmerksam, daß mit dem 31. Dezember 1930 die für das Jahr 1930 geltenden Beitragsmarken ihre Gültigkeit verlieren und eingezogen werden. Alle Mitglieder sind deshalb verpflichtet, die für das Jahr 1930 fälligen Beiträge bis zum Ablauf des Jahres zu zahlen, damit am Jahreschluß keine Restanten vorhanden sind. Die Ortsverwaltungen werden besonders darauf aufmerksam gemacht, daß die für das Jahr 1930 bestimmten Beitragsmarken über den 31. Dezember 1930 hinaus unter keinen Umständen zurückgehalten und verwandt werden dürfen, da für 1931 andersfarbige Marken zur Verwendung kommen.

Erlöskontrolle statt Erlösgarantie. Beschlüsse der Kohlenwirtschaft.

In der gemeinsamen Sitzung des Reichskohlenverbandes und des Großen Ausschusses des Reichskohlenrates vom 12. Dezember d. J. wurde folgender Beschluß gefaßt:

„Die Syndikate dürfen innerhalb der vor dem 1. Dezember 1930 gültigen „Reichsanzeiger“-Preise ihre „Reichsanzeiger“-Preise der Marktlage anpassen. Sie dürfen zu diesem Zweck und innerhalb dieses Rahmens Preisänderungen nach oben und nach unten vornehmen und hierbei auch Verschleibungen in den Sortenpreisen durchführen. Alle beabsichtigten Preisänderungen sind dem Vorstande des Reichskohlenverbandes mindestens acht Tage vor dem beabsichtigten Termin der Intraffiklegung zur Prüfung vorzulegen; sie erlangen erst Gültigkeit, wenn sie von dem Vorstand im „Reichsanzeiger“ veröffentlicht werden.“

Die Syndikate verpflichten sich, ihre monatlichen Durchschnittserlöse den Organen der Kohlenwirtschaft jeweils vertraulich mitzuteilen.“

Dieser Beschluß, der bisher ohne den letzten, immerhin doch nicht unwesentlichen Absatz veröffentlicht worden ist, ist von einem Teil der bürgerlichen Presse mit der Ueberschrift: „Abbau der Kohlenzwangswirtschaft“ versehen worden. Eine solche Kennzeichnung ist jedoch keineswegs gerechtfertigt. Die Weglichkeit, die dieser Beschluß den Kohlenyndikaten in bezug auf ihre Preisgestaltung gibt, war dem wichtigsten Kohlenyndikat, nämlich dem rheinisch-westfälischen, aber auch dem hachener Kohlenyndikat schon durch den Preisbeschluß vom Frühjahr 1928 zugestanden worden. Nunmehr ist dieses Zugeständnis prinzipiell auf alle Kohlenyndikate ausgedehnt worden, wobei gleichzeitig eine absolute obere Preisgrenze festgestellt wurde. Außerdem haben die Syndikate sich verpflichtet, ihre monatlichen Durchschnittserlöse den Organen der Kohlenwirtschaft jeweils mitzuteilen.

Das bedeutet eine vom gemeinwirtschaftlichen Standpunkt sehr begrüßenswerte Erweiterung der Kontrollmöglichkeiten der Kohlenwirtschaft. Den Bemühungen der Bergarbeitervertreter im Reichskohlenrat ist es gelungen, die ursprüngliche, vom Oberschlesischen Steinkohlenyndikat eingebrachte Formulierung, die auf eine weitgehende Ausschaltung des Reichskohlenverbandes in der Preisfrage abzielte, erheblich zu verbessern. Insbesondere ist erreicht worden, daß die dem Ruhrkohlenyndikat durch den 1928er Beschluß gewährte Erlösgarantie durch eine feste Preisgrenze ersetzt worden ist. Nach Ansicht der Arbeitervertreter liegt auch diese Preisgrenze noch zu hoch. Ihre Herabdrückung war aber im gegenwärtigen Augenblick nicht zu erreichen, namentlich nachdem die Vertretung der städtischen Kohlenverbraucher auf Einwirkung der Syndikate und des Reichskohlenwirtschaftsministeriums zu erkennen gegeben hatte, daß sie sich mit der vorgesehenen Regelung abfinden würde. In jedem Falle schafft der neue Beschluß klarere Verantwortlichkeiten als sie vordem bestanden und beläßt den Kohlenwirtschaftskörpern die Aufsichtsbezugnisse, die ihnen nach dem Kohlenwirtschaftsgezet zustehen.

Die Entwicklung der Reallohne.

Das Internationale Arbeitsamt macht seit einiger Zeit den Versuch, die Lebenshaltungskosten und die Reallohne in den größeren Städten der einzelnen Länder festzustellen. Die Lebenshaltungskosten werden festgesetzt auf Grund des Wochenverbrauchs eines erwachsenen Mannes. Den Lebensgewohnheiten der einzelnen Länder entsprechend, ist man zu der Aufstellung eines internationalen Haushalts gekommen. Auf Grund genauester Untersuchungen wurde nun berechnet, wie hoch die Kosten dieses internationalen Haushalts in Dollar sind. Einbezogen wurden Nahrungsmittel, Feuerung, Licht und Seife. Nicht ermittelt wurden die Ausgaben für Wohnung, Kleidung usw. Die letzte Erhebung wurde im Juli 1930 vorgenommen und in der Zeitschrift „Internationale Rundschau der Arbeit“ veröffentlicht. Die nachstehende Tabelle gibt einen Ueberblick:

	Nahrungsmittel, Feuerung, Licht und Seife (in Dollar)	Reallohn der Arbeiter (Gehaltsmaßstab = 100)	Reallohn der Arbeiter (Gehaltsmaßstab = 100)
Deutschland	2,53	114	73
Oesterreich	2,47	111	48
Kanada	2,88	130	155
Dänemark	2,41	109	113
Spanien	2,27	102	40
Bereinigte Staaten	3,17	143	190
Großbritannien	2,22	100	100
Irland	2,52	114	93
Italien	2,81	127	39
Niederlande	2,52	105	82
Polen	1,73	78	61
Jugoslawien	1,98	88	45
Schweden	2,57	116	109

Aus dieser Zusammenstellung geht hervor, daß die Lebenshaltungskosten in den Vereinigten Staaten am höchsten sind. Dann folgt Kanada und von den europäischen Ländern überaus bemerkenswerterweise Italien. Da den hohen Lebenshaltungskosten in Italien niedrige Löhne gegenüberstehen, ist der Reallohn im italienischen Wunderland am niedrigsten! Die Tabelle zeigt weiter, daß Deutschland zu den teuersten europäischen Ländern gehört. Nur Schweden steht um ein geringeres höher, dem aber auch höhere Löhne gegenüberstehen. Die teuren Preise in Deutschland ergeben den verhältnismäßig niedrigen Reallohn hierzulande. Auch Oesterreich ist ein teures Land, und da die Löhne dortselbst noch niedriger sind, steht auch hier der Reallohn entsprechend tiefer. Den niedrigsten Lebenshaltungskosten weist Polen auf. Wäre dies nicht der

Fall, so stände der Reallohn infolge der geringen Höhe der Reallohne noch wesentlich niedriger. Aus dem Vergleich der Lebenshaltungskosten und der Reallohne in den einzelnen Ländern ist der Schluß zu ziehen, daß die Preise in Deutschland, Oesterreich usw. noch wesentlich heruntergehen müssen, wenn diese Länder einen günstigen Vergleich mit anderen Staaten aufweisen sollen. Für Frankreich und die Tschechoslowakei hat das Internationale Arbeitsamt brauchbare Unterlagen nicht erhalten.

Aus dem Ruhrgebiet. Ein neues Knappschaftskrankenhaus in Hamm i. W.

Die Ruhrknappschaft hat in den letzten Jahren schon verschiedentlich neue eigene Krankenhäuser erbaut. Das hat den Vorzug, daß sie selbst den bestimmenden Einfluß ausüben kann auf innere Einrichtung und chirurgische und medizinische Ausstattung, um so dem Kranken Bergmann die besten Möglichkeiten für Wiedererlangung seiner Gesundheit zu geben. Und das letztere ist ja das einzige oder zumindest das Hauptinteresse, wozu sich die Knappschaftsleitung bestimmen lassen muß bei allen ihren diesbezüglichen Maßnahmen. Und nur um dem Interesse an der Gesundheit und dem materiellen Körperzustand der Bergarbeiter aufs beste dienen zu können, wurde auch jetzt in der westfälischen Bäderstadt Hamm von der Ruhrknappschaft ein eigenes Krankenhaus errichtet. Es liegt an der Ostallee, gegenüber dem Kurpark, also in der besten Lage der Stadt, die besonders im Sommer ideal genannt werden muß.

Das Hammer Knappschaftskrankenhaus ist in seinem äußeren verhältnismäßig einfach, fällt aber dagegen in seinem Innern doppelt auf durch eine besondere Bequemlichkeit und Zweckmäßigkeit der Ausstattung, angefangen von der Empfangshalle bis zu den Wohnzimmern des Dienstpersonals. Rings um das Gebäude breitet sich ein großes, wohlgepflegtes Gelände aus, das zum Teil als Promenadengelände für die Kranken, zum Teil auch als Obstgarten angelegt ist und so den Kranken ihren Aufenthalt verhältnismäßig erträglich und angenehm erscheinen lassen wird, was einer gesundheitlichen Wiederherstellung nur von großem Nutzen sein kann.

Die Leitung der Ruhrknappschaft gab am 17. Dezember 1930 einigen Pressevertretern Gelegenheit, den Innenbau und die Inneneinrichtung des neuerrichteten Hauses zu besichtigen. Herr Generaldirektor Meynen von der Ruhrknappschaft und Herr Oberarzt von Döhren, der medizinische Leiter, übernahmen hierbei selbst die Führung, während anschließend an die Besichtigung der Vorsitzende der Ruhrknappschaft, unser Kamerad



Frig Viktor, einen informativsten Vortrag hielt über Charakter und besondere Zweckbestimmung des neuen Hauses.

Viktor wies darauf hin, daß die Krankenhäuser der Knappschaft nicht als Konkurrenz gewertet werden dürften gegenüber anderen Häusern gleicher Art. Die Knappschaft, die Trägerin verschiedener Versicherungen sei, wäre eben bestrebt, ihren Versicherten nur zum besten Nutzen zu dienen. Die Besichtigung des neuen Hauses hätte auch sicher jeden die Ueberzeugung gewinnen lassen, daß tatsächlich nur höchste Dienstbereitschaft und Hilfsmöglichkeit am Kranken leitendes Motiv bei der Erstellung gewesen sei. Das Haus sei weder Erholungsheim noch Lazarett für Chirurgie. Man könnte vielleicht sagen, daß es ein Mittelding zwischen diesen beiden Begriffen sei. Seine Lage und wohlliche Einrichtung gäben ihm den Charakter eines Genesendenheims, während andererseits das Haus aber auch alle Voraussetzungen biete — und zwar unter Ausnutzung der modernsten und neuesten Erfindungen auf dem Gebiete medizinischer Behandlung — für eine bestmögliche Diagnostik. Die Knappschaftsverwaltung könne stolz sein auf dieses neue Haus, da es sicher eine weitere nützliche Schöpfung bedeuten werde im Dienste am kranken Bergmann.

Ein kommunistischer Streik „erfolgt“.

Am 5. Dezember erschien im „Westfälischen Kämpfer“ eine Notiz, die überschrieben war:

„De Wendel schützt seinen roten Betriebsrat. Ultimatum der Belegschaft.“

Der Gesamtbetriebsrat von De Wendel beschloß einstimmig, die Maßregelung des roten Betriebsratsvorsitzenden Möller nicht anzuerkennen. Auch die Vertreter der Selben und des RW-Bundes stimmten diesem Beschluß zu.

Am Sonntag findet eine Belegschaftsversammlung statt, die die bedingungslose Forderung auf Zurücknahme der Amtsenthebung stellen wird. Wird dieser Forderung nicht entsprochen, dann tritt die Belegschaft am Dienstag in den Streik. Der Vorstoß der Gesamtverwaltung erfolgt zum Zweck, die streitbereite Belegschaft niederzurufen. Die Kumpels werden die Antwort nicht schuldig bleiben.“

Das Eigentümliche dieser Notiz war, daß der Gesamtbetriebsrat schon am Freitag wußte, was die Belegschaft am

Sonntag beschließen würde. Am Sonntag, dem 7. Dezember, fand dann eine Belegschaftsversammlung statt, an der nach Angabe der RW, 2000 Belegschaftsmitglieder teilnahmen. Diese Belegschaftsversammlung wählte eine Kommission, die die Verwaltung auffordern sollte, die Amtsenthebungsfrage gegen den Betriebsratsvorsitzenden Möller zurückzunehmen. Zugleich sollte die Kommission der Verwaltung mitteilen, wenn die Klage bis Montag nachmittags 5 Uhr nicht zurückgenommen sei, daß dann die Belegschaft in den Streik treten würde. Die Verwaltung lehnte die Zurücknahme ihrer Klage ab. Trotzdem nach Angabe der RW, die 2000 Belegschaftsmitglieder einstimmig beschlossen hatten, am Dienstagmorgen in den Streik zu treten, sah es mit der Befolgung dieser Parole sehr schlecht aus. Es traten am Dienstag, dem 9. Dezember, in den „Massenstreik“ auf den Schachtanlagen Heinrich und Robert von 843 unter Tage Beschäftigten der Morgenschicht 141, von den 342 über Tage Beschäftigten 16. Auf Schacht Franz traten von 215 unter Tage Beschäftigten 36, von den 28 über Tage Beschäftigten einer in den Streik. Die Kofereiarbeiter haben sich überhaupt nicht an dem Streik beteiligt. Von der Morgenschicht haben rund 15 Prozent der Parole, in den Streik zu treten, gefolgt.

Am Dienstagmorgen fand wiederum eine Belegschaftsversammlung statt. In dieser wurde schon von mehreren Rednern darauf hingewiesen, daß keine Aussicht bestände, den Streik weiter auszudehnen. Trotzdem beschloß die Mittagschicht, nicht anzufahren und geschloffen auf Streikposten zu ziehen. Es folgte dann auch beim Schichtwechsel ein starker Terror ein. Von der Mittagschicht sind 710 Mann angefahren, 350 nicht. Die Zahl der Ansfahrenden wäre bedeutend höher gewesen, wenn nicht, wie gesagt, ein derartiger Terror ausgeübt worden wäre. Es sind Kumpels, die zur Schicht gehen wollten, verprügelt worden. Einer ist so schwer verletzt worden, daß er einen Schädelbruch erlitt und zum Krankenhaus gebracht werden mußte.

Während sich diese Vorgänge des Mittags abspielten, fand an demselben Nachmittag der Termin gegen Möller statt. Dieser dauerte über vier Stunden und endete mit einer Vertagung. Der amtierende Richter hat in diesem Termin sein Amt als Vorsitzender in dieser Streitfache niedergelegt und wird bei der nächsten Verhandlung als Zeuge vernommen.

Zur abends 7 Uhr war wiederum eine Belegschaftsversammlung einberufen worden. In dieser sollte das Ergebnis der Gerichtsverhandlung bekanntgegeben werden. Die Drahtzieher hatten nun damit gerechnet, daß das Gericht die Amtsenthebung aussprechen würde und glaubten dadurch, die Belegschaft weiter für den Streik gewinnen zu können. Durch die Vertagung ist ihnen in dieser Hinsicht ein böser Streich gespielt worden. Als die Vertagung bekannt wurde, beschloß man einstimmig, den „siegreichen“ Streik zu beenden. Es sind im „Westfälischen Kämpfer“ schon mehrere Artikel erschienen, die sich mit dem Streik auf De Wendel befaßten. In keinem jedoch wird mitgeteilt, daß die Zeche aus Anlaß dieses Streiks 80 bis 100 Mann auf die Straße geworfen hat. Unsere Presse hat in einem längeren Artikel darauf aufmerksam gemacht, daß dieser Streik sinnlos und die Opfer vergeblich sind. Ferner hat sie darauf hingewiesen, daß Möller bis heute noch in Arbeit steht und daß Möller behauptet, er habe nie zum Streik aufgefordert. Auch ist in diesem Artikel darauf hingewiesen worden, daß Möllers Sohn einen Tag vor dem Streik sich von der Zeche für drei Tage wollte beurlauben lassen, angeblich, weil er nach Rußland wollte und sich deshalb in Berlin vorstellen müsse. Ebenso geht es mit dem RW-Betriebsrat Frank. Dieser behauptet einfach, er habe nicht gestreikt, sondern sei an diesem Tage am Arbeitsgericht in Hamm gewesen, um als Zeuge in dem Prozeß Möller gegen die Zeche aufzutreten. Dem Franke hat seine Ausrede nichts genutzt, sondern die Verwaltung hat auch ihn entlassen. Unter den 80 bis 100 Entlassenen befinden sich 13 Betriebsratsmitglieder!

Das ist der „Erfolg“ kommunistischer Streikstrategie!

Aus Mitteldeutschland.

Wertsgemeinschaftsparadies auf der Grube Beuna im Geisetal.

Der Mensch soll nicht mehr als Ware, sondern in Beziehung auf den Menschen gewertet werden. So verheißt es die Wertsgemeinschaft. Aber was nützt dem Arbeiter dieser kulturelle Fortschritt, wenn er die Erkenntnis nicht hat, daß er selbst sich dazu berufen fühlen muß, dieses Recht für sich zu verteidigen und an der Fortentwicklung mitzuarbeiten!

Unser größter Klassenfeind, der Unternehmer, hat längst erkannt, daß durch die Reichsverfassung dem Arbeiter eine große Macht in die Hände gegeben worden ist. Um aber diese Macht unwirksam zu halten, mußte er versuchen, die Arbeiter für sich zu gewinnen und ihr eigenes Machtinstrument, die Organisation, zu zerbrechen. Der Unternehmer ging deshalb hier bei uns dazu über, betriebsweise die Arbeiter in Wertsgemeinschaftsgruppen zusammenzufassen. Ziel und Zweck war, das von den Organisationen geschaffene kollektive Arbeitsrecht zu beseitigen. Er will nur mit dem einzelnen über Lohn und Arbeitsbedingungen verhandeln. Was das bedeutet, hat uns die Vorkriegszeit zur Genüge gelehrt. Steht der Arbeiter als einzelner dem Unternehmer gegenüber, muß er immer den kürzeren ziehen, selbst dann, wenn es ihm gelingen sollte, vorübergehend einen Vorteil für sich auf irgendeine Art herauszuschlagen. Der wirtschaftlich Stärkere bleibt immer der Unternehmer, den man als einzelnen nicht zwingen kann, gute Arbeitsbedingungen zu geben.

Wie katastrophal es sich in einem Betriebe auswirken kann, wenn keine Organisation vorhanden ist, soll die Darstellung über die Zustände der Beunaer Kohlenwerke zeigen. Hier blüht nämlich jetzt noch eine sumpfige Wertsgemeinschaftspflanze. Unsere nach dem Kriege zuerst stark gewordene Organisation wurde durch Hineintragen politischer Tendenzen in den Jahren vor 1924 fast zerrieben. Die kommunistische Parole: „Raus aus dem Verband“ wurde von den nur zwangsläufig Organisierten gern befolgt. Hinzu kam dann noch die Inflationsperiode von 1923,

die dazu beitrug, daß der Arbeiter ganz und gar den moralischen Halt verlor. Dieser Zustand wurde von den Unternehmern richtig gewertet und ausgenutzt. Sie setzten mit dem Gegenstoß ein. Der erste Erfolg war die Verlängerung der Arbeitszeit in der Braunkohle 1923-24. Durch den Arbeitszeitkampf wurden dann noch die wenigen Organisierten aus dem Betrieb hinausgeworfen.

Die Grube Beuna war von dieser Zeit ab einige Jahre ohne Betriebsvertretung. Diese Zeit, in der die Arbeiter ohne Organisation und Betriebsvertretung waren, wurde von dem damaligen Direktor Gebhardt der Beunaer Kohlenwerke, dem jetzigen Generaldirektor der Deutschen Erdöl-WG., dazu ausgenutzt, die Werksgemeinschaftsbewegung im gesamten Geiseltal ins Leben zu rufen. Das bekannte Gebhardtssystem nahm seinen Anfang. Gebhardt führte nunmehr schrankenlos seinen Herrenstandpunkt im Betriebe durch. Wer nicht parierte, der flog. Organisierte Arbeiter wurden nicht mehr geduldet.

Die Betriebsangestellten wurden auf die Kumpels losgelassen und hatten die Aufgabe, alles zu versuchen, dieselben für den Werksgemeinschaftsgedanken zu gewinnen. Dabei wurden die schmutzigsten Mittel angewendet. Der Hebel wurde zuerst bei den Arbeitern angelegt, die sich in den stürmischen Jahren vor 1924 neutral verhielten. Man versprach denselben pro Stunde 4 bis 5 Pf. mehr, wenn sie der Werksgemeinschaft beitreten würden. Diese Arbeiter sahen nur den materiellen Vorteil ihren anderen Arbeitskollegen gegenüber, erkannten aber nicht den Zweck, den Gebhardt erreichen wollte. Gebhardt wußte genau, daß er damit den kapitalistischen Konkurrenzkampf unter der Belegschaft entfacht und einen Arbeiter dem anderen gegenüber ausspielt. Der Erfolg blieb auch nicht aus. Durch Schmutzen und Schmarozken versuchten nun die Kumpels, in den „Genuß“ des Leistungslohnes zu gelangen. Wer einen Kollegen, der noch im Verbanne war, anschwärzen konnte, wurde besonders hoch eingeschätzt.

Um seine gelben Schütlinge auch gefinnungsmäßig ganz einzufangen, sorgte Gebhardt auch für besondere geistige Kost. Auf Werkskosten wurden die Kumpels zu Werkkursen geschickt, die eine bis vier Wochen dauerten. Außerdem sorgte er dafür, daß die Arbeiterpresse durch nationalistische Zeitungen ersetzt wurde. Die ganze Belegschaft befam das reaktionärste Blatt aus dem Geiseltal („Merseburger Tageblatt“) kostenlos zugestellt. Wertszeitungen wurden an jedem Lohnstage verteilt. Man war ängstlich bemüht, daß der Kumpel nicht die Ursachen seiner Verelendung erfahre, vor allen Dingen, daß er nicht erfahre, daß Beuna keinen Tarifvertrag und keine Arbeitsrechtsbestimmungen mehr kennt.

Was auf Grube Beuna kommen mußte, traf ein. Die Belegschaft der Beunaer Kohlenwerke ist entrechtet worden. Sie wird nur als Ware betrachtet. Zum Beweis hierfür werden wir noch weitere Darstellung geben.

Nottschrei aus Niederschlesien.

Am 14. Dezember d. J. tagte im Hotel „Försterhaus“ in Dittersbach eine von mehr als 200 Delegierten besuchte Funktionärkonferenz unseres Verbandes. Die Konferenz hatte eine der Wirtschaftskrise und Notlage entsprechende Tagesordnung zu erledigen, und zwar:

1. Die wirtschaftliche Lage im Bergbau unter besonderer Berücksichtigung von Arbeitszeit und Lohnfragen,
2. Bericht über die wirtschaftlichen Verhältnisse im Revier,
3. Die Lage der Reichsknappschaft und die Beschlüsse des Hauptverbandes,
4. Soll eine Invaliden- oder Sparunterstützung eingeführt werden?
5. Rechtsschutzfragen,
6. Verbandsangelegenheiten.

Zum ersten Punkt der Tagesordnung hatte Kamerad Aug. Schmidt vom Hauptverband das Referat übernommen. Er schilderte die Weltwirtschaftskrise, die internationale Kohlenkrise und die Sozialkrise in Deutschland. Die Beseitigung der Krise ist in erster Linie eine Frage der Kaufkraft der arbeitenden Bevölkerung. Die Steigerung der Kaufkraft ist jahrelang von den Gewerkschaften in Wort und Schrift verteidigt worden. Referent schilderte die Wege, die zu einer Stärkung der Kaufkraft führen können, und zwar: erstens durch Hebung des Arbeitseinkommens und zweitens durch erhebliche Preissenkungen. Die Steigerung des Arbeitseinkommens kann natürlich in erster Linie nur durch Erhöhung der Löhne erreicht werden. Die Regierung und die Unternehmer wollen den entgegengesetzten Weg gehen: Lohnabbau mit dem Ziel der Preisentung. Die Preise gehen aber nur langsam zurück, weil 4000 Kartelle und Preiskonventionen die Preise hochhalten. Hier muß angepackt werden, um zu Preisentungen zu kommen. Dadurch wird die Kaufkraft gestärkt und die Produktion belebt. Eine Verminderung der Arbeitslosigkeit kann auch herbeigeführt werden durch Verkürzung der Arbeitszeit, die auf 42, 40 Stunden, ja noch geringer gesetzt werden könnte. Die Unternehmer im Bergbau vertreten vielmehr den Standpunkt, daß die Arbeitszeit eigentlich noch verlängert (!) werden müßte. Sie sehen weiter in der Senkung der Löhne ein Mittel zur Bekämpfung der Wirtschaftskrise, trotzdem das längst auch von namhaften Wirtschaftsführern widerlegt worden ist.

Kamerad Schmidt ging dann auf die Verhandlungen über die Arbeitszeitregelung im internationalen Maßstab ein und schilderte die Schwierigkeiten, die sich diesen Verhandlungen entgegenstellen, da auch hier die Unternehmer, vor allen Dingen die deutschen Unternehmer, die größten Schwierigkeiten machen. Im Bergbau haben die Unternehmer auf der ganzen Linie die Offensive ergriffen und die Lohn tafeln gekündigt. Die Verhandlungen werden überall in den nächsten Tagen und Wochen stattfinden. Sich heute darüber ein Urteil zu bilden ist noch nicht möglich. Ein spezielles Zahlenmaterial über Leistungssteigerung, Selbstkosten usw. wies Kamerad Schmidt nach, daß Kohlenpreisentung ohne Lohnabbau sehr wohl möglich sei.

Zum zweiten Punkt der Tagesordnung besprach Bezirksleiter Hoffmann die Lage im Revier: Abfahrtdrang bis auf 60 Prozent der Spundlatsbetätigung, Halbenbestandssteigerung von 55 240 T. im Januar auf 205 878 T. im Oktober, 376 000 Feiertagstagen. Der Fördereranteil beträgt in Niederschlesien 859 Kg. gegen 1373 Kg. an der Ruhr und 1479 Kg. in Oberschlesien. Die Braunkohle bedrängt Niederschlesien stark, ein Abfahrtdrang nach dem anderen geht verloren. Die Niederschlesische Bergbau-WG. beantragte im Oktober die Entlassung von 300 Arbeitern. Es folgte der Antrag auf Stilllegung der gesamten Wenzelsausgrube. Dieses Werk ist durch das ungeheure Unglück im Juli d. J., bei dem es 151 Tote gab, noch in frischer Erinnerung. Rufe nach Hilfsmassnahmen zur Erhaltung des Werkes wurden auf der ganzen Linie laut. Wir hoffen, daß diese Schreie nicht ungehört verhallen. Es muß aber zugegeben werden, daß im Waldenburger Bergbau die Lage nicht weniger trostlos aussieht. Die Niederschlesische Bergbau-WG. hat erneut einen Antrag gestellt, 630 Mann von

Georg Wissmann 60 Jahre alt.

Am 31. Dezember vollendet einer unserer alten Verbandspioniere das 60. Lebensjahr: Georg Wissmann. Er wurde als Sohn eines Wagenwärters der Bayerischen Staatsbahn in Würzburg geboren. In der Volks- und Mittelschule, die er bis zum 13. Jahre besuchte, galt er als eine Kratzbürste. Dort hatte er es wegen seines Eintretens für das, was er für richtig hielt, oft nicht leicht. Der Vater verunglückte, wurde zwischen den Puffern von Eisenbahnwagen erdrückt, die Mutter starb bald darauf. Er erlernte das Bauschreiner- und Zimmererhandwerk und ging mit 16 Jahren, als er kaum ausgelernt hatte, in die Fremde. Die Wanderlust trieb ihn durch Oesterreich, Ungarn, Frankreich, Italien und Spanien, wo er Freud und Leid des Handwerksburschentums kostete. Aber nur in Deutschland war es ihm beschieden, verschiedentlich eingelockt zu werden.

Grubenarbeit lernte er mit 19 Jahren in Ungarn kennen, wo ihn im Winter die Not zwang, Schlepperarbeit auf der Grube anzunehmen. Lohn und Behandlung waren miserabel, die Mitarbeiter waren bedürfnislose Rumänen und Walachen, die von Maisbrot und Speck lebten und auf Maisstroh schliefen. Sobald die Frühjahrs Sonne schien, wanderte er wieder los. Einige Jahre später nötigten ihn die Verhältnisse wieder, im Rheinland Grubenarbeit anzunehmen. Obwohl er noch dem Zimmererverband bis 1902 angehörte, machte er sich doch die Organisation der Bergleute zur Aufgabe und war bald eifriger Agitator und Vertrauensmann. 1902 trat er zu unserem Verbanne über und wurde 1904 als Hilfskassierer in das Verbandsbüro berufen. 1905 bis 1907 war er Redakteur des Verbandsblattes, wobei er mehrmals mit dem Gefängnis Bekanntschaft machte. Dann folgten Jahre schwerer Arbeit als Bezirksleiter in Elsaß-Lothringen und an der Saar, wo er unter außerordentlich schwierigen Verhältnissen Hervorragendes für den Verband leistete. In den Verbands Vorstand wurde er 1913 berufen. Nach dem Krieg machte ihn schwere Krankheit längere Zeit arbeitsunfähig. 1924 schied er aus den Verbandsdiensten, um als Vertrauensmann der Versicherten in die Reichsknappschaft zu gehen.

Wissmanns Name ist mit der Organisationsarbeit an der Ruhr, in Lothringen und an der Saar untrennbar verbunden. Ein ganz besonderes Verdienst erwarb er sich aber um die Knappschaft, für deren Reform kein anderer so wirkungsvoll arbeitete als Wissmann. Die alten Kameraden, die sich an die mühselige Reformarbeit im Bochumer Knappschaftsverein erinnern, an die erbitterte Knappschaftsältestenwahl von 1910, wissen am besten diese Seite der Tätigkeit Wissmanns zu würdigen. Wissmann darf ohne Zweifel als der eigentliche Vater unserer neuzeitlichen Knappschaftsreform bezeichnet werden. Auch in den letzten Jahren hat er durch gemeinverständliche Darstellungen des Knappschaftsgesetzes und seiner Auslegung viel dazu beigetragen, das Verständnis für diese Fragen wachzuhalten, zu vertiefen und zu beleben.

Wir sind sicher, daß unsere gesamte Mitgliedschaft mit uns dem alten Kämpfer noch manches Jahr befriedigender Arbeit und guter Gesundheit wünscht!

der Gustavgrube zu entlassen. In den Stilllegungsverhandlungen wurde ganz offen zugegeben, daß, wenn sich der Abzug nicht ändert, der Betrieb der Gustavgrube völlig eingestellt werden muß. Am 28. November stellten die Fürstensteiner Gruben den Antrag auf Stilllegung der gesamten Sophiengrube. In besonderen Schwierigkeiten befindet sich der Bergbaubezirk des Fürsten Pleß. Was die nächste Zukunft bringt, ist völlig ungewiß. Eine Katastrophe für das ganze Revier droht, deshalb ist nach Auffassung des Redners ein Aufhalten dieser Entwicklung nur möglich, wenn der ganze Bergbau Niederschlesiens verstaatlicht wird. Man kann von dem preussischen Staat nicht verlangen, daß er etwa nur die Wenzelsausgrube und die Sophiengrube oder vielleicht noch einige kranke Kinder übernimmt, sondern daß er dann auch die Werke erhalten muß, die heute noch Aussicht auf Ertragsfähigkeit haben. Es wäre schon außerordentlich viel gewonnen, wenn es nur gelingen würde, den Teil des Bergbaues zu erhalten, der Aussicht auf Rentabilität hat. Es sind Wege der Ausnützung der Kohle möglich, die eben nicht von der privatkapitalistischen Wirtschaft gelöst werden können. Diese Probleme zu lösen ist eben nur die öffentliche Wirtschaft, das heißt die Staatswirtschaft, in der Lage. Die Arbeiterchaft erhebt ihre Stimme, um in letzter Stunde eine Tragödie zu verhindern, die nicht nur die Wenzelsausgrube und die Sophiengrube trifft, sondern die dem ganzen niederschlesischen Bergbau beschanden sein kann. Die ganze Industrie dieses Grenzlandes (150 000 Menschen) wäre zum Untergang verurteilt. Wirtschafts- und staatspolitische Klugheit fordern deshalb Hilfe in unserem Sinne!

Die lebhafteste Aussprache über beide Vorträge gab ein erschütterndes Bild von der Notlage des Reviers und seiner Bevölkerung. Weiterer Lohnabbau würde Verelendung und weitere Leistungsminderung bedeuten. Folgende Entschliebung fand einstimmige Annahme:

„Die am 14. Dezember 1930 im „Hotel Försterhaus“ in Dittersbach tagende Funktionärversammlung des Verbandes der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands (Bezirk Waldenburg) hält die in niederschlesischen Steinkohlenrevier entwickelten wirtschaftlichen Verhältnisse für die Arbeitnehmer unerträglich, steht doch der Arbeitslohn je Mann und Schicht mit 6,57 M. im August d. J. an letzter Stelle der deutschen Steinkohlenreviere, obwohl der Förderanteil je Mann und Schicht sich erhöhte von 669 Kg. im Jahre 1913 auf 859 Kg. im August d. J. Die sozialen Verhältnisse sind daher im Revier die allerungünstigsten.“

Dringend notwendig sind Maßnahmen, die alsbald dem Revier Erleichterungen bringen, obwohl zunächst eine Kontingenzierung der Abfahrtdrucke innerhalb der Kohlenwirtschaft des Deutschen Reiches erforderlich erscheint. Darüber hinaus

Die 52. Beitragswoche

läuft vom 21. bis 27. Dezember 1930

Die Kameraden wollen um pünktliche Zahlung des fälligen Beitrags besorgt sein!

aber macht sich die Konferenz den Beschluß der 26. Generalversammlung des Bergbauindustriearbeiterverbandes in Magdeburg vom Jahre 1926 zu eigen, in dem die Sozialisierung des gesamten Kohlenbergbaues gefordert wird. Die Konferenz verpflichtet sich, mit allen Kräften für die Verwirklichung dieser Forderung einzutreten.“

Die Knappschaftsfrage wurde nach einem Bericht Hoffmanns lebhaft besprochen.

Zum vierten Punkt der Tagesordnung erläuterte Kamerad Denker den Vorschlag der Reichskonferenz bzw. des Vorstandes, eine Invaliden- oder Sparunterstützung einzuführen. Die Konferenz beschloß, von einer Diskussion hierüber Abstand zu nehmen und die Frage in den Jahrestellensammlungen zu diskutieren.

Zum fünften Punkt der Tagesordnung hielt Bezirksleiter Möhle einen Vortrag über Arbeiterrechtsfragen und gab außerordentlich beachtenswerten Stoff für die Funktionäre, wie sie sich in Arbeits-, Entlassungs-, Lohnstreitigkeiten usw. zu verhalten haben.

Zum Punkt „Verbandsangelegenheiten“ wurde mitgeteilt, daß auch unser Verband für die im Verbanne und in der Arbeitslosenversicherung ausgesteuerten Kameraden eine Sonderunterstützung zu Weihnachten zahlt.

Dann wurde mitgeteilt, daß im April 1931 abermals ein Funktionärkursus stattfinden wird.

UNSERE TOTEN

Zahlstelle Bergheim. In kurzer Reihenfolge starben unsere Kameraden: Emil Ritter, Hugo Döring und Alois Marolt. Wir werden ihnen ein ehrendes Andenken bewahren!

Zahlstelle Bottrop II. Vor längerer Zeit verunglückte Kamerad Alfred Konisch im Alter von 32 Jahren tödlich. Weiter starb Kamerad Josef Spich im Alter von 50 Jahren. Im November verunglückte tödlich Kamerad Gustav Bartisch im Alter von 34 Jahren. Die Zahlstelle verlor in den Kameraden drei pflichtgetreue Mitglieder, deren Andenken sie in Ehren halten wird!

Zahlstelle Hahslach. Am 5. Dezember starb nach längerem Leiden an der heimtückischen Lungenkrankheit unser Kamerad Georg Schnapp auf im Alter von 65 Jahren. Er galt stets als ein treues Mitglied der Zahlstelle. Ehre seinem Andenken!

Zahlstelle Hergisdorf. Im Alter von 52 Jahren verstarb am 4. Dezember an den Folgen von schwerer Staublunge unser treuer Kamerad Hermann Hädicke. Als Betriebsratsmitglied des Chlotilbeschichtes hat er lange Jahre hindurch seine ganze Kraft für das Wohl der Belegschaft eingesetzt. Sein Andenken soll uns unvergänglich bleiben!

Zahlstelle Kaiserau. Infolge Altersschwäche starb am 9. Dezember unser Kamerad Karl Kienapfel im Alter von 71 Jahren. 25 Jahre hat er treu in den Reihen der Kameraden gestanden. Ehre seinem Andenken!

Zahlstelle Kirchlinde. Am 6. November starb unser Kamerad Wilhelm Mönch im Alter von 65 Jahren. Seit 1895 organisiert, trat er 1918 zu unserem Verbanne über. Wir werden sein Andenken stets in Ehren halten!

Zahlstelle Miesbach. Unsere Zahlstelle verlor durch ausströmende Grubengase im Klenzschicht der Grube Hausham drei brave Kameraden: Johann Böschl, Ludwig Schleinlofer und Johann Gmeinwieser. Sie wurden unter Teilnahme von über 3500 Teilnehmern am 30. November der Erde übergeben. Wir werden ihr Andenken in Ehren halten!

Zahlstelle Walsrop I. Am 20. September verunglückte unser lieber Kamerad und Jugendobmann Anton Arent. Wir vermissen in ihm einen ziel- und pflichtbewussten Kameraden, dem wir ein ehrendes Andenken bewahren werden!

Zahlstelle Wintersdorf (Bezirk Zeih). Am 10. Dezember starb unser Kamerad Theodor Tannert im Alter von 62 Jahren. Er gehörte der Organisation seit 1906 an und war ein treuer Kamerad. Darum ehren wir ihn und werden sein Andenken bewahren!

BÜCHER

Sämtliche hier angezeigten Bücher sind durch unsere Buchhandlung H. Hansmann & Co., Bochum, Wilmelshausen Straße 38-42, zu beziehen.

„Die Arbeit“. Zeitschrift für Gewerkschaftspolitik und Wirtschaftskunde. Herausgeber Theodor Leipart. Schriftleitung Lothar Erdmann. Heft 11. 1930. Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes mbH., Berlin S. 14. Abonnementpreis vierteljährlich 3,60 M., für Gewerkschaftsmitglieder 2,85 M.

Kommunistische Katastrophenpolitik. Von Franz Künster. Verlag J. H. W. Diez Nachf. GmbH., Berlin SW. 68.

Künstler, der stets in der vordersten Reihe der Kämpfer gegen die kommunistischen Spalter der deutschen Arbeiterbewegung gestanden hat, veröffentlicht soeben eine wichtige Flugschrift gegen die kommunistische Katastrophenpolitik. Nicht der Theaterdonner kommunistischer Kraftproben redet hier zum Leser, sondern ein schlagfertiges, beweiskräftiges Tatsachenmaterial, das die ganze Gefährlichkeit der demagogischen, von feinem Verantwortungsgefühl belasteten Taktik der Kommunisten aufdeckt. Die Schrift Künstlers ist eine ernste, eindringliche Mahnung zur Einigkeit des Proletariats, das durch Zwittertracht seine Kampffähigkeit zermürt. Künstler zeigt den verhängnisvollen, geradezu zerstörend wirkenden Einfluß der kommunistischen Demonstrationspolitik, die gewissenlos die dunkelsten Leidenschaften der Menschen aufweicht. Dieser Politik stellt Künstler die hart mit den Tatsachen rechnende sozialdemokratische Demonstrationspolitik gegenüber — eine Politik, die zugleich von den Idealen Wilhelm Liebnachts befeuert ist und ihren Ausdruck in folgendem Bekenntnis dieses „Soldaten der Revolution“ gefunden hat: „Ein zweiseitiges Ideal hat mir von Jugend an vorgeleuchtet: das freie und einige Deutschland und die Emanzipation des arbeitenden Volkes, d. h. die Abschaffung der Klassenherrschaft, was gleichbedeutend ist mit der Befreiung der Menschheit.“

Seltene Wirkungsfolgen der Kohlenoxydvergiftung. Erster Teil von Professor Dr. Louis Lewin, zweiter Teil von Dr. W. Sedbach und von Dr. Anton Mutschlechner. 34 Seiten Oktav. Gebestet 2 M., Heft 4 der „Beiträge zur Giftkunde“. Herausgegeben von Prof. Dr. Louis Lewin.

Das Ziel, das sich die Beiträge zur Giftkunde gesetzt haben: auch das nicht Alltägliche, in Büchern nicht zu Findende über Gifte allgemein zugänglich zu machen, wird in dem vorliegenden Hefte erfüllt. Die bedeutungsvolle aller Vergiftungen, die durch Kohlenoxyd, die wie kaum eine andere in der Unfallrechtspflege eine so große Rolle spielt, ist hier in einigen ihrer absonderlichen, nicht alltäglichen Folgen auf Grund von Beobachtungen festgelegt, und damit sind neue Grundlagen in rein medizinischer Hinsicht und für die Rechtspflege geliefert worden.

